

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der eingetragenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Goldgießer und Gürtler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Hamburg, 9. Mai 1891.

Insertats die viergespaltene Bettzeile oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Hamburg, Weizenstraße 12.

Die Rechtlosigkeit der bestlosen Volksklassen in unsern sogenannten Rechtsstaaten.*)

II.

Unter den Rechtsregeln, welche für die bestlosen Klassen in den modernen Staaten besonders verhängnisvoll werden, stellt Professor Menger den Satz, daß sich Niemand mit Unkenntnis eines gehörig kundgemachten Gesetzes entschuldigen könne, obenan.

Bei unsern Rechtsgelehrten gilt, wie auch der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches für Deutschland beweist, als feststehend, daß jeder Staatsbürger mit voller Kenntnis des Gesetzes ausgerüstet sein müßte. Rechtsunkenntnis und Rechtsirrtum behandeln unsere Juristen nur als Ausnahmefälle, die entschuldbar sein mögen, wenn sie nicht aus Fahrlässigkeit hervorgegangen sind.

In Wirklichkeit steht aber die Sache ganz anders.

Schon zur Zeit der römischen Juristen, welche zuerst die Rechtsregel aufstellten, daß die Rechtsunkenntnis Schaden mitföhre, war mit Rücksicht auf den großen Umfang des Rechtsstoffes die Gerechtigkeit dieser Bestimmung mindestens zweifelhaft. Heute, wo die Gesetze jedes Kulturstaates ganze Bibliotheken füllen und wo kaum jemand gefunden wird, der das ganze Rechtssystem seines Landes auch nur oberflächlich kennt, ist die Voraussetzung, daß jeder Staatsbürger alle Gesetze kennt, die lächerlichste aller Fiktionen und die Rechtsnachtheile, welche der Gesetzgeber an die Unkenntnis knüpft, sind das offenbarste Unrecht.

Von diesem offenbaren Unrecht würden nun, wie Menger sehr treffend nachweist, die untersten Volksklassen in ganz besonders schwer wiegender Art bedrückt.

Unter den besthenden Volksklassen ist nämlich in Folge ihrer höheren Schulbildung und ihrer Bekürre die Rechtskenntnis schon von vornherein viel weiter verbreitet als unter den Armen, theils wegen ihrer höheren geistigen Ausbildung, theils auch deshalb, weil ihnen der Besitz an und für sich ein höheres Interesse an dem Rechtsleben einflößt. Fehlt ihnen aber die Rechtskenntnis in einzelnen Fällen, so haben sie in ihrem Vermögen das Mittel, den Rath der Sachverständigen rechtzeitig einzuholen und ihr Handeln darnach einzurichten. Daher kommt es, daß bei Interessenkonflikten zwischen Reichen und Armen die Rechtsfrage meistens schon zum Voraus zu Gunsten der erkeren entschieden ist, ohne daß man deshalb gegen die Gerichte den Vorwurf der Ungerechtigkeit erheben könnte.

Die Armen dagegen besitzen nur eine dürftige Rechtskenntnis und sie können die Läden und Mängel derselben auch regelmäßig nicht durch die Anfrage der Kundigen ersetzen.

Ganz besonders interessant ist der Hinweis Mengers, daß das auf dem europäischen Kontinente geltende Privat-

recht als ein Kompromiß betrachtet werde der Großbesitz mit dem Kleinbesitz unter dem Einfluß der französischen Revolution geschlossen und den bestlosen Volksklassen im Wege der Gesetzgebung auferlegt hat.

Als allgemeine Gerechtigkeit konnte solch ein Kompromiß nicht betrachtet werden, aber es entsprach doch den damals bestehenden sozialen Machtverhältnissen. Heut aber ist dieser einzige Rechtsgrund für den Bestand unsres Privatrechtes fortgefallen, da es der gesteigerten sozialen Macht der bestlosen Volksklassen keineswegs mehr angepaßt ist.

Wenn nun das Proletariat der Gegenwart keine höheren Ansprüche stellen wollte, als daß es bei dem Grundsatz bliebe, wonach das Recht den sozialen Machtverhältnissen entsprechend eingerichtet werden müßte, so hätte es bereits allen Grund, ganz erhebliche Reformen zu fordern.

Den Einwand, daß Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher u. s. w. in gewissen Fällen ihre Dienste den Armen unter Umständen unentgeltlich zu leisten haben, kennzeichnet Menger als nicht nur ganz belanglos, sondern im Gegentheil als geradezu schädlich.

Gerade in diesem Privilegium unentgeltlicher Hilfsleistung liegt, wie er sagt, für die bestlosen Volksklassen die empfindlichste Zurücksetzung.

Denn in einer Gesellschaft, in welcher jede Dienstleistung bezahlt wird, und in der die betreffenden Funktionäre selbst die Befriedigung jedes Bedürfnisses erkaufen müssen, läßt sich vernünftigerweise nichts anderes erwarten, als daß die unentgeltlichen Funktionen schlecht und widerwillig geleistet werden.

Am allernachtheiligsten für die Rechtsvertheidigung und Rechtsverfolgung seitens der Armen ist aber nach Mengers Darlegungen, daß es dem Richter nicht gestattet ist in Zivilrechtsfragen selbstthätig einzugreifen.

Allerdings liegt es in der Natur der Sache, daß der Richter Niemanden zur Geltendmachung seiner Privatrechte zwingen kann, weil diese nach der Grundauffassung des heutigen bürgerlichen Rechtes eine Privatangelegenheit der Beteiligten sind. Hat aber der Berechtigte einmal bei dem Richter Klage erhoben und dadurch die Absicht erklärt, sein Recht geltend zu machen, so sollte man glauben, daß dieser nun alle gesetzlichen Mittel anwenden werde, um dem verletzten Rechte Geltung zu verschaffen. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Vielmehr muß das Gericht nach den Zivilprozeßgesetzgebungen aller Kulturstaaten auch nach Beginn des Rechtsstreits zu allen wichtigeren Schritten besonders veranlaßt werden, gleich einem verstorbenen Uhrwerk, welches fortwährend gestochen und geschüttelt werden muß, um wieder auf kurze Zeit in Gang zu kommen.

Dieser Rechtszustand ist nun, wie Menger sehr richtig betont, für die be-

stehenden Volksklassen sehr bequem und vortheilhaft, weil diese intelligent und gut berathen jene Initiative rechtzeitig und an zweckmäßiger Weise zu ergreifen wissen, dagegen muß die Rechtsverfolgung der bestlosen Volksklassen, welche dem verwickelten Prozeßmechanismus rathlos gegenüber stehen und schlecht oder gar nicht vertreten sind, durch diese unnatürliche Passivität des Richters auf das Verderblichste beeinflusst werden.

Dadurch daß die Zivilrechtspflege für die bestlosen Volksklassen so sehr viel Schwierigkeiten, Uebelstände und Ungerechtigkeiten im Gefolge hat, wird natürlich bewirkt, daß sie ihr sehr mißtrauisch gegenüber stehen und daß der Arme, welcher ein paar Zivilrechtsstreite bei Gericht durchzufechten hatte, sich in einen bewußten Feind von Staat und Gesellschaft verwandelt.

Arbeiter-Genossenschaften.

Die in den letzten Jahren stattgehabten großen Streiks und Aussperrungen der Arbeiter bringen uns wieder die gleiche Erscheinung, welche sich im Anschluß an frühere Perioden großer Lohnkämpfe bereits gezeigt haben. Die Opfer dieser Kämpfe, nämlich die Arbeiter, welche durch das Vertrauen ihrer Genossen zur Leitung der Organisationen der Arbeiter und zugleich zur Führung der Verhandlungen im Namen derselben berufen waren, sie sind von den Unternehmern als „Streikheker“ und „wüste Agitatoren“ auf die „Schwarzen Listen“ gesetzt und finden nur schwer und theilweise gar nicht mehr Arbeit und damit Broderwerb in ihrem Berufe. Mit welcher gemeinen Mitteln die Unternehmerverbände in dieser Hinsicht vorgehen, und wie sehr sie dabei sogar die Unterstützung der höchsten Behörden finden, das ist ja durch die Enthüllungen über den Verband deutscher Metallindustrieller und dessen Koalition mit preussischen Ministerien vor aller Welt dargethan.

Viele dieser gehohotteten und mit der Hungerpeitsche verfolgten Arbeiter suchen nun ihr Dasein dadurch zu fristen, daß sie in anderen Berufen Arbeit suchen. Diejenigen aber, welche im Besitze einiger Mittel sind oder solche von Freunden oder Genossen geborgt erhalten, haben sich eigene kleine Geschäfte gegründet. Die große Mehrzahl aber ist heute noch erwerbslos und man kann in des Wortes vollster Bedeutung sagen: der Hunger und das Gteub ist der stete Gast dieser Unglücklichen seit Wochen und Monaten.

Wehe dem Unglücklichen, der einen der „Uriaabriefe“, wie wir sie in der letzten Nummer in Gestalt eines Entlassungsscheines abdrucken, von seinem letzten „Brodherrn“ beim Abgang erhalten hat. Der Mann mag von Fabrik zu Fabrik wandeln, für ihn gibt es keine Beschäftigung mehr. Die Hunderttausende der industriellen Reservearmee bieten ja reichlichen Ersatz und gestatten den Unternehmern, mit rücksichtslosester Brutalität gegen die Gedächeten vorzugehen. Im

Namen der Ordnung und im angeblichen Interesse der Autorität des Unternehmers ist über Hunderte braver Arbeiter und Familienväter die Hungerpeitsche ausgesprochen.

In dieser Situation nun glauben die Arbeiter an verschiedenen Orten ein Auskunftsmitel in der Gründung von Genossenschaften gefunden zu haben. Eine ganze Reihe von Lohnkämpfen in den letzten Jahren haben Gründungen solcher Genossenschaften im Gefolge gehabt. Man hofft in diesen Unternehmungen ein Asyl für die gemäßigten und unter Boykott stehenden Arbeiter zu finden. Die Gründer dieser Genossenschaften hoffen dabei besonders auch darauf, daß die organifirte Arbeiterschaft ihren Bedarf an Waare in erster Linie von den Genossenschaften beziehen werde und hat man zu diesem Zwecke das System der Kontrollmarken theils bereits eingeführt oder steht im Begriffe, dasselbe zu thun. Es existiren in dieser Beziehung die weit auschauendsten Pläne, und vergeht kaum eine Woche, wo nicht neue Projekte dieser Art bekannt werden. Angesichts dieses Gründungsfiebers möchten wir doch ein paar Worte der Warnung laut werden lassen.

Wir wissen, daß die Mehrzahl dieser Projekte nichts zu thun haben mit den Anschauungen, welche vor zwei bis drei Jahrzehnten von den liberalen „Arbeiterfreunden“ besonders propagirt wurden und als deren Hauptvorkämpfer und Worthalter Schulze-Delitzsch galt. Keine der in letzter Zeit gegründeten oder angelegten Arbeitergenossenschaften kann als eine Gründung im Schulze'schen Sinne betrachtet werden, insofern als etwa die Gründer sich mit dem Glauben trügen, dadurch ein Mittel gefunden zu haben, welches geeignet sei, die Arbeiter aus den Banden des Kapitalismus und aus der Lohnslaverei zu befreien. Nicht als Emanzipationsmittel, sondern als Nothbehelf in einer äußerst schwierigen Lage werden die Genossenschaften von den Gründern derselben aufgefaßt. Das wissen wir und sprechen es hier aus, damit, wenn unsere nachstehenden Ausführungen den einen oder anderen unserer Leser zu einer widersprechenden Aeußerung veranlassen sollten, derselbe nicht gegen Vorwürfe anzukämpfen braucht, welche wir nicht machen und machen wollen.

Als Nothbehelf und Auskunftsmitel sollen also die Genossenschaften dienen! Wird dieser Zweck aber auch mit denselben erreicht werden? Wir gestehen, daß wir auf Grund der Erfahrungen, die in früheren Jahren mit derartigen Gründungen bereits gemacht worden sind, die Frage nicht bejahen können. Zwei Punkte sind es, welche bisher fast alle derartigen Gründungen zum Scheitern gebracht haben, einmal der Mangel an Betriebskapital und dann die übermächtige Konkurrenz der Privatunternehmer. Was zunächst den Mangel an Betriebskapital anbelangt, so ist derselbe eben so natürlich, als er in seinen Folgen

*) Vergl. Nr. 17.

umzugehen wirkt. Die Mitglieder dieser Genossenschaften sind eben durchgehends Habenichtse und bekanntlich gibt es keine Zahl, wenn man auch noch so viele Krallen hinter einander stellt, so lange vorne die Eins fehlt. Dieser Mangel an Betriebskapital bringt diese Arbeiter-Genossenschaften in fast allen Fällen von vornherein gegenüber den kapitalkräftigen Privatkonkurrenten in's Hintertreffen. Die Genossenschaft kann beim Einkauf der Rohmaterialien nicht in erster Linie auf Güte verbunden mit Billigkeit sehen, sondern sie muß kaufen, wo ihr Kredit gewährt wird. Daß außerdem die sich solchen Genossenschaften gegenüber solidarisches fühlenden Unternehmer alles aufbieten, um ihnen den Kredit abzuschneiden oder doch zu beschränken, ist durch hunderte von Beispielen erwiesen. Weiter fehlt den Leitern der Genossenschaften — meist Arbeiter, welche zum kaufmännischen Betrieb eines großen Unternehmens in der Regel nichts weiter mitbringen als den guten Willen — die notwendige Routine, Waaren- und Geschäftskennntniß in fast allen Fällen. Bis aber diese Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt sind, darüber geht nur gar zu oft den betreffenden Genossenschaften das Lebenslicht aus. Gewiß wäre diesem Uebelstande dadurch zu begegnen, wenn die Genossenschaften, wie das die Unternehmer und besonders die Aktiengesellschaften ja auch thun, sich eine kaufmännisch geschulte Leitung nehmen. Dem steht nur leider die Armut der meisten Genossenschaften im Wege. So beginnen dieselben von Hause aus in 99 von 100 Fällen mit dem Siechtum im Leibe.

Dazu kommt noch ein weiterer ganz erheblicher Umstand. Arbeiter-Genossenschaften können, wenn sie nicht ein Lohn auf ihren Namen sein wollen, unmöglich in der Ausbeutung und Ausnutzung ihrer beschäftigten Mitglieder mit jener Rücksichtslosigkeit vorgehen, wie dies die Privatunternehmer thun und, von der Konkurrenz getrieben, thun müssen. Der Privatunternehmer wird — und braucht bei der heute geltenden Geschäftsmoral — seinen Geschäftsgewinn nicht schmälern, weil, wie es z. B. auch in der Tabak-Industrie nicht selten vorkommt, die Arbeiter nur 8 oder 10 M die Woche verdienen. Eine Arbeitergenossenschaft kann aber mit solchen Löhnen ihre Mitglieder nicht abfinden. Gegenüber der unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit der Privatunternehmer, angesichts des fehlenden Betriebskapitals und der mangelnden Geschäftskennntniß in der Leitung, werden also die Arbeitergenossenschaften nach wie vor einen außerordentlich schweren Stand haben.

Es ist kein bloßer Zufall, daß die meisten derartigen Gründungen im Laufe der Jahre wieder aufgelöst wurden, und die älteren Leser des „Gewerkschafter“ werden sich erinnern, daß diese Auflösungen nicht immer vor sich gingen, ohne hier und da bei den Mitgliedern ein recht böses Andenken zu hinterlassen.

Gewiß braucht dieser Ausgang nicht immer und überall zu erfolgen, auch uns sind die Fälle bekannt, wo Genossenschaften sich kräftig entwickelt haben und heute noch gedeihlich fortgeführt werden. Aber Thatsache ist, daß diese blühenden Genossenschaften die Ausnahme bilden und daß auf jede derselben hunderte von Gründungen genannt werden können, welche jämmerlich zu Grunde gingen. Wir möchten deshalb unsere Leser dringend warnen, dort, wo sie nicht durch ganz außerordentliche Verhältnisse dazu getrieben werden, von der Gründung von Genossenschaften abzusehen.

Die so oft bewiesene Solidarität der Arbeiter wird auch den Opfern der Unternehmer-Brutalität gegenüber sich bewähren. Es wird für alle Hilfe werden. Hüthen sollen wir uns aber davor, durch über-

unsere Kräfte hinaus gehende wirtschaftliche Unternehmungen unsere Aktionsfähigkeit für die Zukunft lahm zu legen. „Gewerkschafter.“

Zum Niedergang der Klein- und Stahlwaaren-Industrie in Niederösterreich.

(Oesterreichischer Metallarbeiter.)

Schon vor Jahrhunderten war die Erzeugung von Messern, Scheeren, Pfannen, Gaden, Ketten, Feilen, Nägeln, Sichern, Sensen u. s. w. ein ausgebehuter Erwerbszweig im südwestlichen Theile von Niederösterreich. Es hatte sich dort allmählich eine blühende Hausindustrie entwickelt, deren Produkte weit und breit einen guten Ruf genossen.

Aber die Stunde des Kleinbetriebes hat geschlagen, der Handwerksmeister, der Hausindustrielle, eingeschlossen in seinem Gebirgsthale, ist durch den Kapitalismus überrumpelt und besiegt worden.

Die Großindustrie, der fabrikmäßige Betrieb, drang auch in die österreicherischen Alpenländer und vor allem die Konkurrenz Englands und Deutschlands erdrückte mit großkapitalistischer Wucht die Kleinmeister in den Thälern der Ybbs. Gebunden an die Scholle durch ein Güttchen, durch ein paar Feden Land, beschränkt auf die uralte Form des handwerksmäßigen Arbeitsprozesses, ohne Maschinen, ohne die neuen verbesserten Hilfswerkzeuge, mit Fähigkeit an der überlieferten Produktionsweise hängend, die sich vom Großvater auf den Enkel vererbt, ohne Vortheile des lebhaften Verkehrs, wie er sich im dichtbevölkerten, städtereichem Flachlande bietet, saßen diese Schleifer, Scheerenmacher u. mit Schreden, wie eine neue Zeit ihre alten Gebräuche schonungslos über den Haufen warf, unter den Berufsgeossen gründlich aufzuräumen, einen Konkurs nach dem andern herbeiführte. Der Gewerbe-Inspektor berichtet von Schleifereien, die bereits im 17. Jahrhundert existirt haben, und die heute noch ganz dieselben Einrichtungen haben, wie zur Zeit ihres Entstehens.

Mit einem Wort, die Noth ist groß, die Wiener Handels- und Gewerbekammer errichtet in Waibhofen a. d. Ybbs eine Eisenindustrie-Fachschule, und zwar soll sich diese „Hilfe“ vornehmlich auf zwei Punkte erstrecken; erstens auf die Umwandlung der gegenwärtig veralteten Betriebsweise in eine den neuzeitlichen Verhältnissen angemessene, namentlich durch Hebung der technischen Schulung der Arbeiter, durch Beschaffung von Mustern, Modellen, Verbreitung besserer Werkzeuge u. c., dann zweitens auf die Herstellung eines geeigneten Absatzes für solcher Art verbesserte Produkte. Also mit der Umgestaltung der Hausindustrie in den Fabriksbetrieb soll dem Kleinmeister geholfen werden. Thatsächlich bedeutet die Einführung der Großproduktion vom sozialen Gesichtspunkte aus einen Fortschritt, aber den Meistern wird nicht geholfen. Das ist blauer „Humanitätsbunzt“. Den Profit haben einzig und allein die Herren Kapitalisten.

Aber die Meister werden entweder vom Erdboden weggefegt, zur Auswanderung getrieben u. s. w., oder sie werden einfache Fabrikarbeiter, sie werden Lohnarbeiter. Und das bedeutet für die zukünftige Entwicklung einen Gewinn. Die Kleinbürger treten ein in die Arbeiterbataillone, fühlen sich mit den Proletariern Eins und erscheinen als Soldaten im Emanzipationskampfe der Arbeit gegen die weiße Sklaven haltenden Ausbeuter. Im Jahre 1859, wo in Oesterreich das Zeitalter der maschinellen Produktion auf großer Stufenleiter erst begann, zerfiel mit reißender Geschwindigkeit die bereits bis in's innerste Mark erkrankte Hausindustrie Niederösterreichs.

Vor allem in den Bezirken Waibhofen a. d. Ybbs, Scheibbs und Lilienfeld ist

der Niedergang ein äußerst scharf hervortretender. Ein Wiener Referent in der Handelskammer schreibt darüber: „In den Alpenländern werden Fabriken mit Maschinenbetrieb errichtet, die weitaus billiger erzeugen, als das bloß mit Handarbeit produzierte Klein- und Mittelgewerbe. Wenn auch manche unter den Kleinindustriellen die ihnen in so reichlichem Maße gebotene Wasserkraft schon benützen, so war es trotzdem nicht denkbar, mit der organisierten Arbeit der Fabriken in Konkurrenz treten zu können.“

Und diese Fabriken mit ihrer intensiven, wohlfeilen, zentralisirten Arbeit berruhen auf der Macht des Kapitals.

Nur einige Beispiele will ich hervorheben, um den Untergang des Klein- und Mittelgewerbes deutlich vor Augen zu führen.

In Waibhofen a. d. Ybbs, in Ybbitz und Umgebung waren vor 25—30 Jahren 14 Feilenhauermeister mit 70 Gehilfen, vor 10 Jahren noch 8 Meister mit 37 Gehilfen, heute sind nur noch 4 Meister thätig.

Bei den Scheermesserschmieden hat sich die Anzahl der Meister und Gehilfen seit dem Jahre 1873 bis heute auf die Hälfte reduziert.

Der Rücktritt der Bohrer- und Nagel- schmiebede vom Jahre 1872 verhält sich wie 8:2.

Bei Striegelschmieden sind seit dem Jahre 1872 bis heute 4 Meister und 22 Gehilfen weniger beschäftigt. Das ist amtliches, der Wiener Kammer vorliegendes Ziffernmaterial.

Geradezu unheimlich ist es bei den Nagelschmieden bestellt. Der Arbeitstag derselben dauert von Früh 3 Uhr bis Abends 6 Uhr und dennoch verdienen dieselben, wie sogar ein kapitalistischer Gewährsmann berichtet, kaum den kümmerlichen Lebensunterhalt und bestreuen dabei keine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse. Die Zukunft der Nagelschmiedekation ist hoffnungslos, die Armen schätzen sich noch glücklich, wenn sie in einer Fabrik ein Unterkommen finden, was sie zum größten Theil auch erreichen.

Bei diesem Zweige besonders, macht sich die unheimlich fortwährende technische und maschinelle Entwicklung fühlbar; es gehört gewiß keine Prophetengabe dazu, heute zu prognostizieren, daß man in Oesterreich nach 20—25 Jahren geschmiedete Nägel überhaupt nicht mehr verwenden wird, wie dies in Amerika, England, Belgien und Frankreich bereits der Fall ist. Dieser Prozeß vollzieht sich in Oesterreich langsam aber stetig. Die Nagelschmiede können gegen die Konkurrenz der Maschinennägel und Drahtstiften nicht mehr aufkommen und sind auf den Aussterbeetat gesetzt.

Das entnützigende Vorgefühl, daß auch die Zukunft eine Besserung dieser Verhältnisse nicht bringen kann, bestimmt wohl die meisten, ihre Söhne diesem Handwerk nicht mehr zuzuführen und selbst in Fabriken lohnendere Arbeit zu suchen, die sich in den dortigen Gegenden, unterstützt durch die vorhandenen reichen Wasserkräfte und sonstigen Faktoren, etabliren, zum „Wohle“ und „Segen“ der Bevölkerung — — —

Es gibt wohl kein Mittel, diesem Industriezweige aufzuhelfen; je früher die Nagelschmiede sich einem anderen Erwerbszweig zuwenden, desto besser und vortheilhafter für sie.

Nach einem Bericht des Gewerbevereines in Steyr gab es im Jahre 1848 in dem Stabsbezirke Steyr 15 Ahlenschmiede, heute nur noch 8; Rasternschmiedemacher gab es im Jahre 1848 11, während heute nur noch vier existiren. In Scheibbs waren in den 50er Jahren noch 50—55 Nagelschmiede, 2 Bohrer- schmiede, 20—25 Zerrschämmer, 8 bis 10 Pfannenschmiede beschäftigt.

Die Hammer- und Schmiedewerke wurden in Fabriken umgewandelt, die Meister fanden zu den Hungerlöhnen, die sie bezahlten,

keine Arbeiter mehr. Thatsächlich hat die Fabrikindustrie den Arbeitern günstigere Lebensbedingungen geboten.

Die maßlos lange Arbeitszeit, von 3 Uhr Früh bis 6 Uhr Abends, bei einem Lohne von 1 fl. 50 kr. bis 2 fl. nebst der Kost per Woche, wie sie in dem Klein- und Mittelgewerbe herrschte, machte dem Arbeiter die Fabrik zu lohnenderem Aufenthalt. Hier war die Arbeitszeit kürzer und so niedrig der Lohn der Fabrikarbeiter war, so war er doch höher, als der in der Hausindustrie gezahlte. Die Großkapitalisten mußten den Hausindustriearbeitern günstigere Arbeitsbedingungen bieten, um sie an sich zu fesseln. Allmählich, wenn das Klein- und Mittelgewerbe fortgesetzt ist, gleicht sich das schon aus. Auch die Meister geben zum großen Theil den vergeblichen Kampf, das Meister- spielen, auf und werden Lohnproletarier in der Fabrik. Ein Meister erklärte, daß er bei einem Wochenlohn von 9 fl. besser (!) stehe, als früher als Nagelschmiedmeister mit 3 Gesellen.

Der mittlere Wochenlohn in den Fabriken, die mit Vorliebe „einheimische Arbeitskräfte beschäftigen“, beträgt 7 bis 9 fl. Die Eingeborenen sind eben an härteste Arbeit, an längste Arbeitstage gewöhnt, sind Hungervirtuosen, sind willig und billig, weicher Thon in der Hand des Ausbeuters.

Im Lilienfelder Bezirk ist die Nägelfabrikation von 300,000 Stück per Jahr auf 80,000 Stück zurückgegangen.

In Heuberg und Neustift wurden früher Nägel, Bohrer, Feilen, Pfannen, Pflugwaaren, Sichern, Werkzeuge, Gaden, Achsen, Weichguß- und Graugußwaaren, Bleche, Stred-, Zain- und Walzeisen erzeugt; heute existiren in Heuberg nur mehr 2 Werkzeugfabriken und 1 Nagelschmied, in Neustift 1 Sichel- und 1 Pflugwaarenfabrik, alles andere ist im Laufe von 15—20 Jahren verschwunden.

So zerfällt überall der Kleinbetrieb. Die Großindustrie (Kapitalismus) wird und muß siegen.

So wird Bahn gemacht für die soziale Umgestaltung, die der Massenarmuth ein Ende machen wird.

Nairdam.

Die Eisengießerei des Kommerzienrathes Kustermann in München und der Wohlfahrtsauschuß.

Vor ungefähr 1 Jahr mußten die „Neuesten Nachrichten“ rühmend zu erwähnen, daß Herr Kommerzienrath Kustermann für seine Eisenwerkstätten einen Wohlfahrtsauschuß eingeführt habe, welcher sich die Vermittlung zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ zur Aufgabe zu machen habe und wodurch sein großes industrielles Etablissement zu einer Musteranstalt umgeschaffen werden sollte.

Thatsächlich sind denn auch die besten Arbeiter jeder Werkstätte für diesen Wohlfahrtsauschuß ausgewählt worden, derselbe funktionirte zur Zufriedenheit, die Arbeiter brachten ihre Beschwerden beim Auschußmann ihrer Werkstätte vor und es wurde mit dem Betriebsleiter verhandelt, statt mit dem Meister der Werkstätte, aus welchem Verhältnis sich so viele Streitigkeiten ergeben.

Nun hatten aber die Arbeiter der Dreherei vor einem halben Jahre Beschwerde gegen den Schlossermeister Grezinger. Derselbe, obwohl ober vielmehr weil er unerfahren und ungeübt war, und Vorstellungen und Einwendungen entgegen nehmen mußte, fusionirte die Arbeiter, schrieb sie an, hieß sie zum Teufel gehen u. c. Als die bezüglichen Beschwerden beim Wohlfahrtsauschuß geltend gemacht und dem Betriebsleiter zur Kenntniß gebracht wurden, so bemerkte derselbe, der Auschuß sei nicht berechtigt, gegen den Meister zu klagen, das liege

nicht in seiner Kompetenz. Obwohl der Betriebsleiter selbst die Meister bestimmt und vom Inhalt der Klagen unterrichtet war, so wurde Herr Greisinger nicht zu einem andern Verhalten veranlaßt, vier der besten Arbeiter verließen bei diesem Anlaß die Stelle und der Wohlfahrtsausschuß erachtete es nach diesen Erfahrungen für unnütz, noch weiter seine Aufgabe wahrzunehmen und so ist er, also seit einem halben Jahre, eingeschlafen.

Vor 5 Jahren, bei dem bekannten großen Krawall in der Kustermann'schen Eisengießerei, als die schweren Reiter zur Wiederherstellung der Ordnung ausrücken mußten, hat Hr. Kustermann, der erst bei diesem Anlaß von vielen Mißbräuchen unterrichtet worden war, festerlich behauptet und auf Ehrenwort versichert, es sollen in Zukunft keine Lohnreduktionen mehr vorkommen. Nun hat konstatiert werden können, daß bei der Gießerei (2. Abtheilung, jüngere Gesellen) Korrekturen der Lohnlisten stattgefunden haben. Die Formerzettel waren bereits ausgefüllt, der Stücklohn mit 40 S hinausgesetzt und die Papiere lagen auf dem Schreibtisch. Nach einiger Zeit war das 40 überall radirt und durch ein 30 ersetzt worden, eine Lohnreduktion also von 25 Proz. An den Maschinen sind wahre Sklaventreiber angestellt, denen nie genug gearbeitet werden kann. Wenn die nämliche Arbeit, die 2 Arbeiter jetzt in einem Tage mit der Maschine fertig bringen, früher per Hand hätte vollbracht werden können, so würde der Tagelohn für beide 40 M betragen haben, jetzt beträgt er 5,40 M, also 2,70 M für jeden Arbeiter. Bußen fallen, obgleich in der Fabrikordnung nichts davon gesagt ist und man über die Verwendung auch keine Auskunft erhalten kann, ziemlich oft ab, allemal im Betrag von 50 S.

Der erste Meister Herr Heid ist, wie man sagt, auf Protektion des Betriebsleiters hin von Augsburg nach München gekommen und macht sich als gefügiges Werkzeug sehr verdient. Dieser junge und strebame Herr äußerte sich gegenüber einer älteren, sehr tüchtigen Arbeiter (Former), es wäre besser, er würde wieder unter die Maurer gehen, worauf derselbe lächelnd antwortete: „Sedenfalls würde ich mehr verdienen, als in dieser Musteranstalt.“ Es wäre in der That dem jungen Meister zu empfehlen, daß er das dem Arbeiter vorgeworfene Handwerk wirklich erlernt hätte, es würde dann nicht vorgekommen sein, daß in ganz kurzer Zeit 10—12 Kupolöfen durchgegangen sind, eine Thatsache, von der Herr Kommerzienrath Kustermann nie Kenntniß erhalten hat. Ein Kupolofen faßt 50 Ztr. Eisen, dazu ein großes Quantum Koaks und der Schaden eines durchgegangenen (fehlerhaften) Ofens beträgt etwa 100 M. Daß ein Kupolofen durchgeht, kann auch einem guten Meister passieren, aber nicht, daß ein ganzes Duzend, eine Zeit lang sogar alle Tage einer fallirt.

Wie gesagt, die Sache wurde vertuscht, die Arbeiter wurden wie gewöhnlich Abends erst um 6 Uhr entlassen, obgleich sie nichts mehr zu thun hatten und bei diesem Anlaß auch Zeit einbüßten. Der Schaden mußte dann durch Lohnrückerei wieder gut gemacht werden. In dieser Abtheilung hat man sich auch nicht geschämt, einen Tagelöhner mit 2,30 M Tagelohn mit 2 M zu büßen, angeblich weil er eine Karren im Geleise hatte stehen lassen, an welchem sich dann der Betriebsleiter heuer etwas gestoßen hatte. Wie gesagt, das Fabrikreglement enthält keine Bestimmungen über Erhebung und Verwendung von Bußgeldern.

Das Günstlings- und Spitzelthum ist ebenfalls hinreichend entwickelt. Man wendet ihnen die beste Arbeit zu. Drei Brüder haben seit langer Zeit, selbst bei

schlechtem Geschäftsgang, je 40 M Wochenlohn erzielt, wo andere es kaum auf 25 und selbst nur auf 21 M bringen. Der Herr Kommerzienrath mag sich an den Lohnlisten überzeugen. Einer dieser Kreaturen des bereits bezeichneten jungen Werkmeisters, ein äußerst roher Mensch, hat jüngst einen Nebendarbeiter ganz unbarmherzig geschlagen, während dieser mit einer Pfanne voll Eisen dastand und sich nicht wehren konnte. Als der Meister das sah, so machte er sich zuerst auf die Seite, um nicht einschreiten zu müssen. Erst später, als das Dazwischenkommen unbedingt notwendig wurde, trennte er die beiden, schrieb dabei aber den Mißhandelten an und nicht etwa den brutalen Kerl.

Im Formerverein waren mehrere Beschwerden zur Sprache gekommen und ein Referat hat auch die deutsche „Metallarbeiter-Zeitung“ gebracht. Ein Arbeiter, welcher in der Sitzung des Formervereins referirt hat, wurde dem Meister Geiß benutzirt. Als er am Morgen erschien und neue Arbeit verlangte, so wurde ihm bedeutet, es sei besser, wenn er gehe, es sei keine Arbeit für ihn da. Thatsächlich lag Arbeit am nämlichen Plage gerade bereit. Auf bezügliche Bemerkungen hin wurde ihm seine sofortige Entlassung angezeigt. Die wirkliche und angebotene Entlassung ist überhaupt das Mittel, dessen sich die Herren Meister zc. bedienen, wenn Beschwerden und Einwendungen geltend gemacht werden.

Wir sind überzeugt, daß der Herr Kommerzienrath von den vielen Mißständen seines Etablissements wenig oder nichts weiß. Vielleicht liegt es ihm daran, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Beschwerden an einer Stelle anzubringen, wo ihnen nicht ohne Weiteres mit Entlassung und anderen Maßregelungen geantwortet wird. Auf Wunsch können wir noch mit weiteren Einzelheiten dienen.

Ein kleiner Potentat.

B.C. Nicht nur König Stumm hat seine Spezialgesetze, sondern auch Herr Zimmermann, Feilenfabrikant in Bielefeld. Derselbe beschäftigt zwar nur 6 bis 8 Feilenhauer, 2 Schleifer, 1 Heizer und je einige Tagelöhner und Lehrlinge, aber trotzdem konnte der kürzlich erst vom Arbeitskollegen zum „Werkmeister“ beförderte Herr Gries die Zucht mit der früheren „Ordnung“ nicht mehr aufrecht halten, weshalb er gleich nach seiner Beförderung die strammsten Paragraphen einfügte. Die Fabrikordnung hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Jeder neu aufgenommene Arbeiter hat die ersten 14 Tage nach seinem Eintritt als eine Probezeit anzusehen und kann während dieser Zeit jeden Tag wieder entlassen werden. Die Probezeit dient dazu, von den Fähigkeiten des Arbeiters Ueberzeugung zu gewinnen, um darnach seinen Lohn zu bemessen.

§ 2. Im Uebrigen behalten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Recht vor, das Arbeitsverhältnis nach vorhergegangener 14tägiger Kündigung zu lösen. (Nach der Gewerbeordnung selbstverständlich!) Begonnene Akkordearbeiten müssen jedoch vollständig beendigt werden, wenn auch vorstehender Zeitpunkt dadurch überschritten werden sollte.

§ 3. Sollte Jemand aus irgend einem Grunde sofort entlassen oder durch Krankheit zc. an der Fortsetzung der Arbeit verhindert werden, so sind dadurch die angefangenen Akkorde aufgehoben und steht es dem Arbeitgeber frei, entweder die auf den Akkord verbandte Zeit als Tagelohn zu berechnen, oder die Arbeit durch einen Andern in Akkordearbeit fertig stellen zu lassen und dem betreffenden Arbeiter den ihm zukommenden Betrag auszuzahlen.

§ 4. Die Arbeitszeit dauert im All-

gemeinen von 7 Uhr früh bis Mittags 12 Uhr und von 1 Uhr bis 7 Uhr Abends und ist es dem Arbeiter nicht gestattet, sich während dieser Zeit ohne besondere Erlaubniß zu entfernen. Aenderungen der Arbeitszeit werden durch Anschlag bekannt gemacht. Während der Arbeitszeit tritt eine Frühstückspause ein und zwar von 8 1/2 bis 9 Uhr Morgens und eine Vesperpause von 4 bis 4 1/2 Uhr Nachmittags.

§ 5. Wer zu spät zur Arbeit kommt, verfällt in nachfolgende Strafen: 10 S bis zu 10 Minuten, 20 S bis zu 20 Minuten, über diesen Zeitpunkt hinaus 30 S. Wer ohne Entschuldigung einen halben Tag fehlt, wird mit 50 S, bei einem ganzen Tage mit 1 M bestraft.

§ 6. Verunreinigung der Fabrikräume, soweit dies nicht die Beschäftigung des Arbeiters mit sich bringt, zieht eine Strafe von 25 bis 50 S nach sich.

§ 7. Lautes (warum nicht auch leises?) Gärmen während der Arbeit ist bei Strafe verboten.

Wer geistige Getränke einführt oder einführen läßt, wird mit 1 M bestraft; im Wiederholungsfalle tritt sofortige Entlassung hinzu. Wer im angetrunkenen Zustande in der Fabrik angetroffen wird, hat 3 M Strafe zu zahlen und kann sofort entlassen werden.

§ 8. Nichtbefolgung gegebener Befehle (!) wird mit 1 M bis 3 M bestraft, ev. mit Entlassung.

§ 9. Jedem Arbeiter werden die Werkzeuge, welche er zu gebrauchen hat nebst einem Verzeichniß derselben übergeben. Beides hat derselbe unter Verantwortlichkeit sorgfältig zu bewahren. Neue Werkzeuge werden nur gegen Rückgabe der unbrauchbar gewordenen ausgehändigt. Werkzeuge, welche bei Revision oder beim Abgange fehlen, hat der Arbeiter nach dem entsprechenden Werth zu vergüten.

§ 10. Jeder Arbeiter ist verpflichtet Sonnabends und vor jedem Feiertage nach Schluß der Arbeit seine Werkzeuge vollständig zu reinigen und seinen Arbeitsplatz aufzuräumen. Im Unterlassungsfalle wird dieses auf seine Kosten besorgt und 50 S Strafe in Abzug gebracht.

§ 11. Jeder Arbeiter hat für die ihm übergebenen Theile zu haften und den Werth des ihm abhanden gekommenen zu ersetzen.

Wer anvertraute Arbeit verdirbt, fehlerhaft oder anders, als ihm angegeben, bearbeitet, sei es aus Unachtsamkeit, Fahrlässigkeit oder weil er überhaupt der Arbeit nicht gewachsen ist (wozu dann die Probezeit?), hat den dadurch entstehenden Schaden zu tragen.

§ 12. Als Eingang zur Werkstätte darf nur die gegenüber dem Komptoir befindliche Thür benutzt werden, wer eine andere Thür benutzt, verfällt in eine Strafe von 1 bis 3 M; außerdem ist es untersagt, sich in Räumen aufzuhalten, worin der Betreffende ohne Erlaubniß nichts zu thun hat, besonders im Kesselhause und der Maschinenstube, und ruht hierauf für den Betroffenen, wie auch für den Heizer eine Strafe von 1—3 M.

§ 13. Zerbrochene Fensterscheiben müssen von denjenigen, welche sie entzwei gemacht haben, bezahlt werden; wird der Thäter nicht ermittelt, so hat der dem Fenster zunächst stehende (!) dafür zu haften.

§ 14. Es ist untersagt, in der Fabrik ohne besondere Erlaubniß Küchen- oder Haushaltungsgegenstände und sonstige Arbeiten für den eigenen Gebrauch oder für andere anzufertigen. (Wird überhaupt in einer Feilenfabrik schwer möglich sein.) Wer dergleichen anfertigen will, muß sich die Erlaubniß dazu von den Fabrikbesitzern oder dem Werkmeister erbitten, die ihm dann auch das nötige Material dazu verabfolgen werden.

§ 15. Fremden ist der Besuch der Werkstätten untersagt und darf Niemand

unter keinen Umständen Jemand, der in der Fabrik nicht beschäftigt ist, herein einführen.

§ 16. Gegenwärtiges Reglement wird in den Werkstätten ausgehängt, so daß sich Niemand mit Unkenntniß desselben entschuldigen kann. Sollte einer dieser Anschlagzettel zerrissen oder absichtlich beschmutzt werden, so soll der Thäter, oder wenn derselbe nicht ermittelt werden kann, sämtliche in dem betreffenden Arbeitsraum beschäftigten Arbeiter je 3 M Strafe zahlen.

§ 17. Die Strafgebühren, die den direkten verursachten Schäden übersteigen, werden zu Gunsten der Arbeiter der Fabrik verwendet. (Wenn's wahr ist!)

Wer von den Kollegen Luft hat, in diese Fabrik, deren Abtheilung auch „glänzend“ sind, einzutreten, der melde sich.

An die Klempner (Spengler) Deutschlands.

Kollegen! Wie mir mitgetheilt, ist in Göttingen in voriger Woche in Folge unerhöhrter Maßregelungen von Vereinsmitgliedern ein Streik ausgebrochen, woran ca. 180 Kollegen theilhaftig sind.

Es ist wohl kaum nötig, Euch an Eure Pflicht zu erinnern, den dortigen Kollegen, welche sich stets in anerkannter Weise opferfreudig gezeigt haben, wenn es galt, um ihre Rechte kämpfende Genossen zu unterstützen, nach Kräften zu helfen, daß sie siegreich aus dem ihnen aufgezwungenen Kampfe hervorgehen. Ihr Sieg ist auch der Eure, darum thut Eure Schuldigkeit!

Mit kollegialem Gruß
W. Meyer,
Vertrauensmann der Klempner (Spengler) Deutschlands.

Korrespondenzen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Gemäß des Auftrages, der ihr von bei im November v. J. in Berlin stattgefundenen Gewerkschafts-Konferenz geworden, hat die unterzeichnete Kommission sich in ihrer letzten gemeinschaftlichen Sitzung mit der Einberufung eines allgemeinen Gewerkschafts-Kongresses, sowie der demselben zu machenden Berlagen beschäftigt und werden die in der Form der nachfolgenden Resolution dabei gefaßten Beschlüsse der deutschen Arbeiterschaft hiermit mit dem Ersuchen unterbreitet, dieselben in der Presse und in Versammlungen diskutieren und das Resultat dieser Diskussionen der Generalkommission übermitteln zu wollen.

Resolution.

Organisation der deutschen Gewerkschaften.

Um ein einheitliches, planmäßiges Vorgehen der unter den bestehenden Gesetzen in Deutschland möglichen gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen herbeizuführen, sowie zur Erreichung ihrer Zwecke, insbesondere bei Streiks und Auspörrungen eine gegenseitige wirksame Unterstützung zu garantieren, verbinden sich die Arbeiter in folgender Weise:

Die Grundlage der gesammten Gewerkschafts-Organisation bildet der Zentral-Verein der einzelnen Berufe.

Jeder dieser Zentralvereine (Verbände) hat in allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsgenossen vorhanden und keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, Zahlstellen zu errichten. Wo solche Hindernisse bestehen, ist den Arbeitern zu empfehlen, als Einzelmittglieder den Zentralvereinen beizutreten und sich durch gewählte Vertrauensmänner eine feste Vertretung und Verbindung mit der Gesamtorganisation zu schaffen. Dieses Vertrauensmännersystem ist so zu gestalten, daß es gleichzeitig eine Vertretung der Gesamtheit der Berufsgenossen an den Orten bildet, wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen.

Außerdem sind an solchen Orten lokale Vereine, eventuell in Verbindung mit verwandten Berufsvereinen, zu schaffen, zu denen möglichst die Gesamtheit der Berufs-kommenden Berufsgenossen heranzuziehen ist.

Unter allen Umständen sind jedoch die Klassenbewußten Arbeiter eines jeden Ortes verpflichtet, sich eine Form der Organisation zu schaffen, durch welche eine Vertretung

sämtlicher am Orte befindlicher Berufs-
genossen ermöglicht wird.

**Aufgaben der Zentralvereine
(Verbände).**

Die einzelnen Zentralvereine haben die
Aufgabe, unter Ausschluss aller politischen
und religiösen Fragen, die wirtschaftlichen
Interessen ihrer Mitglieder allseitig zu
wahren, insbesondere durch Maßnahmen,
welche nach § 158 der Gewerbe-Ordnung
zulässig, zur Erzielung bezw. Erhaltung mög-
lichst günstiger Arbeitsbedingungen beizug-
tragen.

- Mittel zu diesem Zwecke sind:
- a) Regelung der Arbeitsverhältnisse und Be-
festigung von Arbeitsplätzen in den ein-
zelnen Werkstätten bezw. Arbeitsplätzen,
wie im ganzen Gewerbe;
- b) Vorbereitung von Bildung unter den Mit-
gliedern;
- c) Errichtung von Herbergen und Arbeits-
nachweisen;
- d) Pflege der Berufsstatistik;
- e) Unterstützung bei Arbeitsvermittlungen,
welche durch die Organisation auf Grund
ihrer statistischen Bestimmungen be-
schaffen werden; sowie ferner
- f) soweit die Verhältnisse es gestatten,
durch Unterstützung solcher Mitglieder,
welche

Unionen.

Die Zentralvereine (Verbände) der ver-
wandten Berufszweige (Bauarbeiter, Holz-
arbeiter, Metallarbeiter u.) verbinden sich
unter einheitlicher und aus Vorstandsmit-
gliedern sämtlicher dabei in Betracht kom-
mender Berufsorganisationen bestehender
Vertretung zu Gruppen-Organisationen, sog.
Unionen.

Aufgaben der Unionen.

- a) Möglichst planmäßige und auf gemein-
schaftliche Kosten zu betreibende Agitation
für die zur Union gehörenden Berufs-
organisationen;
- b) Herausgabe eines gemeinschaftlichen Pres-
organes, welches so eingerichtet sein muß,
daß den Interessen sämtlicher dabei be-
teiligten Zentralvereine Rechnung ge-
tragen wird;
- c) Streiks, welche innerhalb der zur be-
treffenden Gruppe gehörenden Industrie-
zweige notwendig werden, von den ein-
zelnen Berufsorganisationen aber nicht
wirksam geführt werden können und nach-
dem sie von der Union ausgehen, auf
gemeinschaftliche Kosten zu führen.
Besondere sind im prozentualen Verhältnis
zur Mitgliederzahl von allen zur Union
gehörenden Einzelorganisationen aufzu-
bringen;
- d) die Berufsstatistik der einzelnen Organi-
sationen zu fördern und für Veröffent-
lichung der Resultate zu sorgen;
- e) die für die zur Union gehörenden Be-
rufe errichteten Herbergen, Arbeitsnach-
weise und Zahlstellen für Reiseunter-
stützung in den einzelnen Städten mög-
lichst zu zentralisieren.

Generalkommission.

Zur Herbeiführung einer Verbindung der
einzelnen Unionen untereinander, sowie zur
Beförderung derjenigen Angelegenheiten, an
denen alle Gewerkschaften gleichmäßig inter-
essiert sind, keine aber für sich zu deren
Regelung geeignet ist, wird eine zentrale
Körperschaft, die Generalkommission, gebildet.
Diese besteht aus sieben von dem alle
zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Ge-
werkschaftskongress jedesmal zu wählenden
Mitgliedern und aus je einem Vertreter der
einzelnen Unionen.

Aufgaben der Generalkommission.

- a) Die Betreibung der Agitation in den
jenigen Gegenden, Industrien und Be-
rufen, deren Arbeiter noch nicht organi-
siert sind;
- b) ein Blatt herauszugeben, welches die Ver-
bindung sämtlicher Gewerkschaften mit
zu unterhalten, die nötigen Bekannt-
machungen zu veröffentlichen und soweit
geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung
in der Tagespresse herbeizuführen hat;
- c) die von den einzelnen Unionen bezw.
Zentralvereinen aufgenommenen Stati-
stiken zu einer einheitlichen für die ge-
samte Arbeiterschaft zusammenzustellen;
- d) statistische Aufzeichnungen über sämt-
liche Streiks zu führen und periodisch zu
veröffentlichen;
- e) in bestimmten und dringenden Fällen und
unter Zustimmung der Mehrzahl der
Unionen an einzelne Gewerkschaften oder
Unionen bei Streiks Unterstützung aus
einem zu schaffenden Generalfonds zu
gewähren.

Zur Durchführung der vorstehend be-
schriebenen Organisation und deren Aufgaben
hat die unterzeichnete Kommission einen
Wochenbeitrag von mindestens 15 M pro
Mitglied für die einzelnen Berufsorgani-
sationen für erforderlich. Bekrte haben
von ihrer Gesamteinahme 10 Prozent an
die Union und die von ihrer sich so er-
gebenden Einnahme 20 Prozent an die General-
kommission abzuführen.

Zentralvereine, welcher keiner Union an-
gehören, haben von ihrer mit 15 M pro
Mitglied und Woche zu berechnenden Ge-
samteinahme ebenfalls 2 Prozent an die
Generalkommission abzugeben.

Mit Rücksicht auf die vor obigen Prozent-
berechnung zu Grunde gelegten Aufmachung
empfiehlt die unterzeichnete Kommission allen
Gewerkschaften, welche noch vor Zusammen-
tritt des nächsten allgemeinen Gewerkschafts-
kongresses Spezialkongresse oder General-
Versammlungen abhalten, schon da ihre Bei-
träge, falls diese z. B. weniger als 15 M
betragen, auf diese Minimalhöhe zu bringen.

Der Beschluß der Berliner Gewerkschafts-
kongress soll der nächste allgemeine Ge-
werkschaftskongress erst nach Verabschiedung
der z. B. in der Beratung befindlichen Ge-
werbeordnungsnovelle eintreten werden.
Da sich dieser Zeitpunkt jetzt noch keineswegs
absehen läßt, so war die unterzeichnete Kom-
mission auch außer Stande, für die Tagung
des Kongresses einen Termin zu bestimmen.
Doch ist folgender Plan ins Auge gefaßt:
Von der Einberufung bis zum Zusammen-
tritt des Kongresses soll möglichst ein Zeit-
raum von mindestens sechs Wochen liegen.
Ferner soll derselbe auch weder mit dem in
der zweiten Hälfte des August in Brüssel
tagenden internationalen Arbeiterkongress,
noch mit dem wahrscheinlich im Oktober
stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag
gleichzeitig, noch kurz vorher oder darauf
abgehalten werden. Die Generalkommission
ist daher der Meinung, falls die Umstände
nicht die Berufung des Kongresses auf
spätestens Anfang August oder Mitte Sep-
tember gestatten, es besser ist, wenn dann
damit bis Weihnachten oder bis zum nächsten
Frühjahre gewartet wird.

Als Kongressort ist eine Stadt Mittel-
deutschlands in Aussicht genommen.

Alle weitere auf den Kongress Bezüg-
liche, wie Bestimmungen über die Wahl der
Delegierten wird in einer späteren gemein-
schaftlichen Sitzung beschlossen und rechtzeitig
veröffentlicht werden.

Zum Organisations-Entwurf.

Die vorstehende, in Form einer Resolution
gefaßte Vorlage für den Gewerkschaftskongress
soll in allgemeinen Zügen klar stellen, in
welchem Rahmen sich in der Zukunft die
Gewerkschaftsorganisation bewegen möchte,
wenn sie den wirtschaftlichen Kampf mit
dem unter den heutigen Verhältnissen mög-
lichen Erfolge aufnehmen will. Das Streben
aller Vertreter der Gewerkschaften, die nicht
den letzteren einen ausschließlich politischen
Charakter geben wollen, geht zunächst einmal
darauf hinaus, die einzelnen Organisationen
zu zentralisieren und dann eine feste Ver-
bindung dieser Zentralfaktionen herbeizufüh-
ren.

Beiden Richtungen ist in dem vorliegenden
Entwurf Rechnung getragen und hat der-
selbe die Wahrscheinlichkeit des Erfolges
insofern für sich, als er an das Bestehende
anlehnt und nicht unter Aufzuchtlassung
der Verhältnisse etwas Neues zu schaffen
sucht. Wir sind der festen Überzeugung,
daß die vorgeschlagene Form der Organi-
sation bis in die äußersten Konsequenzen
sich nicht binnen Kurzem wird durchführen
lassen, sind andererseits jedoch der Meinung,
daß es unbedingt praktisch ist, von vorn-
herein den Weg zu zeigen, der eingeschlagen
werden muß, wenn auch die Erreichung des
Zieles sich ein bis zwei Jahre hinauszögern
wird. Andererseits ist nicht mit Bestimmtheit
voranzusetzen, ob nicht der demnächst
stattfindende Metallarbeiter-Kongress schon
für diesen Industriezweig eine Organisation
schaffen wird, welche sich der von uns vor-
geschlagenen anpaßt. Es ist aus diesen
Gründen nicht richtig, den nächsten Kongress
nur eine Erklärung vornehmen zu lassen,
daß eine engere Verbindung der Gewer-
kschaften notwendig sei, sondern es muß
dieser Kongress bereits zeigen, in welcher
Weise dies zu geschehen hat, weil in ersterem
Falle der engere Zusammenfluß sich immer
wieder auf's Neue verzögern würde, während
andererseits bei Fassung eines bindenden
Beschlusses sämtliche Gewerkschaften ge-
nötigt sind, dem Beschlusse Folge zu geben.

Außerdem ist in dem vorliegenden Ent-
wurf auch diesem Ubergangsstadium Rech-
nung getragen, indem die Zentralorgani-
sationen, welche noch keiner Union ange-
hören, in direkte Verbindung mit der General-
kommission treten sollen.
Die Grundlage der Organisation bleibt
nach wie vor die Zentralvereine der
einzelnen Berufe oder Branchen. Die

Statuten dieser Organisationen würden gleich-
falls in der heutigen Fassung verbleiben,
und nur in einzelnen Punkten, in welchen
die direkte Zusammengehörigkeit zur Ge-
sammtorganisation ausgeprochen wird, zu
ändern sein. Inwieweit die zu einer Union
zusammentretenden Zentralfaktionen auch ein-
heitliche Einrichtungen für die Verwaltung
treffen wollen, wie dies in der Fassung der
Form und Größe der Mitgliedsbücher
u. s. w. möglich ist, wird in jedem einzelnen
Falle festgestellt werden müssen. Wenn die
Zweckmäßigkeit dieser Maßregel auch un-
zweifelhaft feststeht, so wird auch hier auf
bestehende Einrichtungen Rücksicht genommen
werden müssen, bis sämtliche beteiligte
Kreise die Notwendigkeit einsehen. Während
also die Zentralorganisationen in der bis-
herigen Weise für die Aufklärung der Mit-
glieder Sorge tragen, sowie die Regelung
der speziellen Angelegenheiten des Berufes
auch fernerhin behalten, soll die Agitation
für die Ausbreitung der Organisation in die
Hand der Unionsleitung gelegt werden. Aber
da weiß, mit welcher oft geringem Erfolge,
besonders in den kleineren Organisationen,
in letzter Zeit große Summen für die Agi-
tation ausgegeben worden sind, wer da weiß,
wie die Agitatoren verwandter Berufsorgani-
sationen oft kurz nacheinander ein und die-
selbe Stadt berühren, der wird dieser Ein-
richtung unbedingt seine Zustimmung geben.
Desgleichen soll auch die Streikunterstützung
aus dem Fonds der Unionsverwaltung ge-
leistet werden und sind zur Begründung
dieses Fonds sämtliche zur Union ge-
hörenden Berufsorganisationen in gleichem
Verhältnis heranzuziehen. Die Unterstützung
von Abwehrstreiks in der Weise, wie es bei
der jetzigen Einrichtung der Fall ist, in die
Hand der Generalkommission zu legen, führt,
wie die Praxis gezeigt hat, zu Unträglich-
keiten. Die gesammte Streikunterstützung
aber dieser Kommission zu überweisen, würde
gleichfalls ungewiss sein, weil die Prü-
fung der Lage des einzelnen Gewerbes nicht
von einer Zentralkasse, wie sie die General-
kommission ist, so geführt werden kann, wie
es in den Berufsorganisationen möglich ist.
Deswegen soll die Generalkommission nur
in den dringendsten Fällen mit ihren Mit-
gliedern eintreten, im Uebrigen aber die Unter-
stützung sämtlicher Streiks durch die Union
erfolgen.

Mit wesentlichen Schwierigkeiten wird
wohl die Einrichtung eines gemeinschaftlichen
Presorganes für die einzelnen Organisationen
verbunden sein, weil eine große Reihe selbst-
ständiger, kleiner Gewerkschaftsblätter die
eigene Existenz nicht wird aufgeben wollen.
Es läßt sich ja auch nicht in Abrede stellen,
daß die eigenen Organe den einzelnen Or-
ganisationen wesentlich zur Ausbreitung und
Befestigung dienen, andererseits aber stehen
die hierfür aufzubringenden Kosten nicht im
Verhältnis zum Werte. Es wird sich nicht
ohne Weiteres ein einheitliches Organ für
die einzelnen Unionen schaffen lassen, sondern
wir müssen auch hier den einzelnen Interessen
Rechnung tragen, bis die Erkenntnis, daß
die Interessen aller Arbeiter, gleichviel
welchem Berufe sie angehören, gleich sind,
völlig zum Durchbruch gekommen sein wird.
Es läßt sich aber die Einrichtung eines
Blattes für die Union, welches dennoch die
Interessen der verschiedenen Branchen ver-
tritt, in der Weise machen, daß diese Blätter
achtseitig erscheinen. Vier Seiten würden
dann die allgemeinen Artikel, sowie die Be-
kannntmachungen der Unionsleitung enthalten,
während die anderen vier Seiten unter dem
Namen des respektiven Gewerbes Alles ent-
halten könnten, was speziell für diesen Beruf
von Interesse ist. Nehmen wir als Beispiel
das Zentralorgan der Holzarbeiter-Union,
so würde dieses auf seinem ersten Blatt den
eben genannten Namen tragen, auf dem
zweiten aber für die in Frage kommenden
Berufe den Titel „Fachzeitung der Tischler,
Fachzeitung für Drechsler oder Bildhauer
u. s. w.“ erhalten, und wären diese Bei-
blätter in der Zahl herzustellen, als die
fragliche Organisation Mitglieder hat. So
würde unter Berücksichtigung der Fach-
Interessen dennoch eine einheitliche Zeitung
mit geringen Kosten herzustellen sein.

Es würde für heute zu weit führen,
wollten wir alle die Punkte des Entwurfs
eingehend klar legen. Vielleicht werden wir
fernerhin einzelne Bestimmungen heraus-
greifen und deren Durchführbarkeit nach-
weisen. Wesentlich wird hierfür die Dis-
kussion des Vorliegenden in den verschiedenen
Versammlungen maßgebend sein, und wird
es sich leicht empfehlen, bis zum Kongress
noch präzisere Bestimmungen in Form von
Statuten-Entwürfen für die einzelnen Or-
ganisationsgruppen zu geben.

Wir wollen hier nur kurz noch die Thätig-
keit der Generalkommission erwähnen. Die-
selbe wird nach dem Entwurf nicht auf die
Regelung der Streiks ausgebeht werden
und zwar aus den schon angeführten
Gründen. Dagegen soll aber ein General-
fonds geschaffen werden, aus welchem ein-
zelne Unionen zu unterstützen wären,
sofern sie den jeweiligen Anforderungen nicht

genügen können. Dieser Fonds wäre durch
bei außergewöhnlichen Anlässen vorzu-
nehmende Sammlungen zu bilden, wie solche
z. B. durch die Fete des 1. Mai gegeben
sind.

Die Hauptaufgabe der Generalkommission
wäre die Agitation in solchen Distrikten und
unter den Arbeitern, wo eine Organisation
noch nicht vorhanden oder in den Anfängen
begriffen ist.

Im Uebrigen würde die Generalkom-
mission mehr die Thätigkeit eines statistischen
Amtes zu verrichten haben und würden von
diesem Punkte aus durch die statistischen
Aufnahmen die Bestrebungen der einzelnen
Organisationen wesentlich unterstützt werden
können.

Betreffs der Zusammensetzung der ein-
zelnen leitenden Körperschaften wollen wir
noch kurz bemerken, daß die Unionsleitung
auf dem Spezialkongress des in Frage kom-
menden Industriezweiges eingesetzt wird.
Sie ist dann aus Vertretern der Organi-
sationen zu bilden, welche unverzüglich der
Organisation sich anschließen wollen. Die
Zahl der Personen würde sich nach den vor-
handenen Organisationsrichtungen und jedes
Mal bei Eintritt einer neuen Organisation
um eine Person vermehrt werden.

Die Generalkommission soll von dem Ge-
werkschafts Kongress in einer bestimmten Zahl
von Personen eingesetzt werden und würde
diese Zahl gleichfalls um je eine Person er-
höht werden, sobald sich eine Union bildet.
Die Vertretung der einzelnen Unionen in
der Generalkommission wird sich als durchaus
zweckmäßig erweisen, weil hierdurch eine
Bevorzugung einzelner Organisationen absolut
ausgeschlossen wird. Dagegen würden die
vom Kongress eingesetzten Personen die Ver-
waltung zu führen haben. Für diejenigen
Unionen, welche schon einen ständigen Ver-
treter in der Generalkommission haben, würde
eine besondere Vertretung nicht zulässig sein.

Wir glauben mit dem Vorstehenden den
richtigsten Weg für eine Ausbildung unserer
Organisationen gezeigt zu haben und bitten
alle Genossen, das Vorgesagte eingehend
zu prüfen und zu diskutieren. Wir werden,
eingedenk unseres Auftrages, jeden Vorschlag
zur Verbesserung unseres Entwurfes dankbar
anerkennen und annehmen.

Die Generalkommission.

Korrespondenzen.

Formen.

Berlin. Zur Steuer der Wahrheit.
So unangenehm es mir ist, sehe ich mich
doch zu meinem Bedauern veranlaßt in
eigener Sache das Wort zu ergreifen. Von
einem Freunde wurde mir aus Nr. 17 der
„Metallarbeiter-Zeitung“ ein Eingekandt des
früheren Vorsitzenden des Fachvereins der
Formen zu Berlin, Kollege Jost, vorgelesen.
Dieses Eingekandt soll angeblich einer mich
betreffenden Anruf des Vertrauensmannes
der deutschen Formen, Th. Schwarz, in Abred
richtig stellen. In der That besteht jedoch
diese angebliche Richtigstellung selbst aus
Irrthümern. Zu bestreiten ist zunächst, daß
Kollege Jost vom Verein beauftragt worden
ist, eine derartige Berücksichtigung in der „Me-
tallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. In
der öffentlichen Formen-Versammlung vom
12. April d. J. wurde in Verfolg des Auf-
rufes von Th. Schwarz von Kollege Aufsehl
angeregt, man möchte meta total besser
frequentieren wie bisher, da ich sonst nicht
existenzfähig sei. Im Allgemeinen machte
die hierüber gepflogene Diskussion auf mich
den Eindruck, als wenn man sich durch den
Anruf von Schwarz beleidigt fühlt. Jeder
unbefangene Leser deselben wird jedoch
nichts Beleidigendes herauslesen, denn in
den Worten: „Da die Berliner Formen nicht
im Stande sind u. s. w.“ liegt kein Irrthum,
sondern das ist Thatfache. Zum nicht ge-
ringsten Theil mag der schlechte Verdienst
hieran schuld sein, der beste Beweis ist aber
wohl der Anruf von Schwarz und Grenz,
denen ich meine Lage wahrheitsgemäß ge-
schilbert habe (dem Bekrten persönlich bei
seiner Anwesenheit in Berlin). Ein Antrag
aus der Mitte der öffentlichen Versammlung
gestellt, beauftragte den Kollege Jost, sich
an die Unterzeichner des Anrufes zu wenden,
aber nicht die „Met.-Arb.-Ztg.“ in Anspruch
zu nehmen. Was dann die weitere Richtig-
stellung betrifft der Sammlung (300 M)
betrifft, so habe ich darauf zu klären, daß
es wohl wahr ist, daß durch ihre für mich
und August Reiche ohne mein vorheriges
Wißa unter den Berliner Formern veran-
staltete Kollekte mir die Summe von 300 M
überwiesen wurde. Es wird aber wohl selbst
Kollege Jost bekannt sein, daß ich von dieser
Summe von Anfang Dez. v. J. bis 15. Febr.
d. J. zehren mußte. Der, v. J. gerechnet macht
dies 100 M (3 Monat Reihe 66,25 M ,
43,75 M zum Lebensunterhalt). Mit dem
übrigbleibenden 200 M neß dem von meiner
Frau früher Erparten um einem Darlehen
von 500 M , in Summa 700 M habe ich das
Geschäft übernommen, die Beschuld von

700 A ist noch vorhanden. Ich will auch ferner zugeben, daß die Kollegen Fost und Tauschel sich bei Aufnahme des Darlehens (es wurden mir seitens der Brauerei 1000 A versprochen) thätigste Unterstützung haben. Eine Verpflichtung für den Fachverein aber haben und konnten sie auch nicht übernehmen, deshalb ist es auch wohl nicht am Platze, zu erklären, daß der Fachverein Sorge getragen hätte, daß ich ein Schanzgeschäft bekommen habe. Trotzdem die beiden Vorgenannten den Darlehensgebern die besten Absichten bekundeten, sind sie wohl selbst in ihren Erwartungen getäuscht worden. Es liegt mir fern, ihnen hieraus einen Vorwurf zu machen, der geringe Bierabfag (Infolge dessen die Brauerei den Rest des Darlehens von 500 A verweigert hat) wird auch sie hiervon überzeugen. Es ist für jeden, der der Hilfe bedürftig, niederbrüchlich, die Hilfe Anderer in Anspruch zu nehmen, aber noch erdrückender ist es, eine derartige Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu zerren. Bölig unwahr ist aber, wenn es in der Verächtlichkeit heißt, daß ich öffentlich erklärt hätte, ich hätte mich nicht an Schwarz gewandt. Ich habe vielmehr nur erklärt, daß ich dem Aufrufe fernstehe; diesen Worten ist also ein völlig falscher Sinn untergeschoben worden. Zu dieser Äußerung war ich vollumfänglich berechtigt, denn der Aufruf ist mir erst nach seinem Erscheinen bekannt geworden. Ich hatte mich in einer anderen Angelegenheit an Th. Schwarz gewandt und ihm auch hierbei wie vorstehend meinen körperlichen und wirtschaftlichen Zustand geschildert (welches Recht mir doch Niemand abstreiten wird), und ich bin überzeugt, daß hierdurch Schwarz und Grenz veranlaßt wurden, gedachten Aufruf zu veröffentlichen. Beide haben wohl im besten Glauben und in bester Absicht gehandelt, ein Versehen waltet also nicht ob. Auf die letzten Äußerungen des Kollegen Fost gehe ich aus Evidenzgründen nicht ein. So anerkenntswürdig auch seine persönlichen Bemühungen und soweit ich mich den Berliner Formern auch zu Dank verpflichtet fühle, so kann ich Kollegen Fost für diese seine angeblichen Verächtlichkeiten nicht dankbar sein, denn man sollte demjenigen, der einem anderen in der besten Absicht ein Stück Brod reichen will, nicht sagen, er wäre es nicht bedürftig, wenn man die Bedürfnisfrage nicht aus eigener Anschauung kennt. Diese Beweiskräfte könnte ich Fost aber sehr leicht verschaffen bei persönlicher Rücksprache mit mir. Dies die wahren Thatsachen. Ein Urtheil mag sich Jeder selbst bilden.

Chemnitz. In Nr. 17 der „Metallarbeiter-Zeitung“, desgleichen schon früher im „Vorwärts“ steht ein ausführlicher Bericht über eine öffentliche Formerversammlung aus Berlin, in dem man von mir in Nr. 18 der „Metallarbeiter-Zeitung“ Gefagtes zu gerrücken versucht hat. Sonstbar erscheint es, wenn man all' die ellenlangen Berichte der in letzter Zeit in Berlin stattgefundenen Versammlungen der Metallarbeiter, so auch den letzten in Frage kommenden Bericht der Formerversammlung vergleicht mit einem Bericht über eine Generalversammlung der Formern in Nr. 10 der „Metallarbeiter-Zeitung“, in welcher ich über „Die gewerkschaftliche und politische Entwicklung der Arbeiter“ sprach. Der ganze Bericht über das von mir in jener Versammlung in ca. anderthalb Stunden Ausgeführte amfst nicht ganz 3 Zeilen: „Redner erlebte sich seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages zur vollen Zufriedenheit der Versammelten.“ Was ich aber gesagt, davon kein Sterbenswörtchen. Warum denn nicht? Man ist doch sonst nicht so sparsam mit Versammlungsberichten. Ich sprach doch auch über Organisation. Ich komme nach alledem zu einer eigenen Anschauung und zwar der: Daß das von mir Gefagte in jener Versammlung Einzelnen nicht in den Kram paßt und da ist Todtschweigen das beste Desfittigungsmittel. Ehe ich für dießmal auf das von den Kollegen Gerich und Köpken über mich in der Formerversammlung vom 12. April Ausgeführte in der Zeitung antwortete, mache ich den Berliner Kollegen folgenden Vorschlag: Eine weitere öffentliche Versammlung der Formern, meinetwegen auch Metallarbeiter-Versammlungen zu arrangiren, in welcher mit Gelegenheit geboten wird, meine Ansicht über die nächste Form der Gewerkschaftsorganisation klar zu legen. — Auf die Erklärung des Kollegen Fost, Vorsitzender des Fachvereins der Formern Berlins, beziehentlich der Unterstützung des Kollegen Poillon habe ich Folgendes zu entgegnen: In Berlin eines Säbeler Kollegen las Kollege Schwarz in seiner Wohnung uns einen Brief von Poillon, der handschriftlich nach von einer Frau herrührend, vor; der Inhalt des Briefes machte auf uns den Eindruck, daß er von Poillon seiner Frau diktiert und von dieser geschrieben sei. Ein Zweifel an der Echtheit des Briefes ist ausgeschlossen, indem dort Sachen besprochen wurden, die außer Poillon kaum ein Dritter wissen konnte. Die Schilderung der Sage unseres er-

blindeten Kollegen in jenem Briefe zwang uns zu dem von uns gemeinschaftlich verfaßten Aufruf, welcher in Nr. 18 der „Metallarbeiter-Zeitung“ zum Abdruck kam. Ernst Grenz.

Duisburg. In der am 20. April hier abgehaltenen Formerversammlung, in welcher auch viele auswärtige Kollegen anwesend waren, wurde Stellung genommen zu dem Punkte: „Die Organisten wir uns?“ Kollege B. referierte über die seitherige Organisation und kam auf die Zentralisation und die jetzt geplante Verschmelzung aller Gruppen in eine Union zu sprechen. Redner führte aus, daß eine Union, wie sie jetzt geplant sei und wie sie von einigen Städten, z. B. Berlin u. f. w. u. f. w. ausgeführt werde, wo man alle Branchen in Eins verschmelzen wolle, unbedingt noch verfrüht sei; in großen Städten, wo eine große organisierte Arbeitermasse vorhanden, möge dieses ja von Vorteil sein, aber in hiesiger Gegend, wo mit wenigen Ausnahmen nur die Formern in namhaftem Prozentsatz organisiert sind, würde die Union ihren Zweck verfehlen. Sollten die einzelnen Branchen verschwinden, so wäre das für die Organisation eine schwere Schädigung. Die Formern waren in ganz Rheinland und Westfalen die Pionire der Metallarbeiterbewegung; mit wenigen Ausnahmen, wie in Düsseldorf, wo die Formern sich nicht aufrufen wollen aus ihrer Bethargie, waren die Formern die ersten, die sich organisierten. Dadurch wurden denn die übrigen Metallarbeiter angehornt und folgten dann die Klemperer, Fellenhauer und sonstige Metallarbeitervereinigungen; wo bis jetzt noch keine andere Branche vorgehen konnte, sind die Formern vorgegangen. Die Kollegen Duisburgs könnten sich rühmen, einen großen Antheil an diesen Erfolgen zu haben, aber noch bleibe viel zu thun übrig. Dieses ist aber nur möglich gewesen, weil sich die Formern in der Branche organisiren konnten, werden nun die Branchenvereine aufgelöst, so erleiden die Formern in hiesiger Gegend einen schweren Rückschlag und es wird dann noch lange dauern, bis der westliche Bezirk organisiert sein wird. Nur die Branchen könnten hier erst den Boden vorbereiten zur Union. Es wird von den Verehrern der Allgemeinheit ins Feld geführt, die einzelnen Branchen wären zu schwach, um den vereinigten Unternehmern Stand zu halten, aber auch die Union wird unter den heutigen Verhältnissen den Unternehmern nicht Stand halten können. Unsere Schwäche liegt nicht darin, daß wir in verschiedenen Branchen organisiert sind, sondern sie liegt darin, daß die Zahl der nichtorganisierten zu den organisierten Arbeitern eine schrecklich große ist. Was sind 30,000 Mann unter den Millionen (nach der Berufszählung im Jahre 1882 sind in der Metallindustrie rund 850,000 Personen beschäftigt gewesen. Die Zahl kann jetzt eine Million betragen. In dieser Ziffer sind auch die Unternehmer (Meister) inbegriffen, deren Zahl einige Hunderttausend ist. Red.), welche in der Metallbranche beschäftigt sind, die Unternehmer haben noch zu viel Auswahl unter ihren Arbeitern, das ist unser schwacher Punkt. Es muß mehr gethan werden als seither gezeigert ist zur Heranziehung der indifferenten Masse. Hierzu ist aber die Branchenorganisation im Stande; seit Jahren ist die Gewerkschaftsbewegung nur als Nebensache behandelt worden, man machte nur in der hohen Politik; heute rächt sich dies bitter. Gibt es doch heute noch zahlreiche aufgekärte Arbeiter, die, fragt man sie, warum schließt ihr Euch nicht einer Organisation an, die Antwort ertheilen, darüber sind wir längst hinaus, wir erstreben „Höheres“ und bei diesem „Höheren“ streben geht man zu Grunde. (Darauf müssen wir dem Einfachen doch erwidern, daß das einseitige Betonen des gewerkschaftlichen Standpunktes jedenfalls immer schädlich wäre, während wir dies vom Betonen des nur politischen Standpunktes nicht durchwegs gelten lassen. Wenn wir auch selbst gerne sähen, daß alle politisch aufgeklärten Arbeiter sich der Gewerkschaftsbewegung anschließen, so muß doch betont werden, daß die politische Thätigkeit viel wichtiger ist als die rein gewerkschaftliche. Und die Regel ist: wo eine politisch aufgeklärte Arbeiterschaft existirt, da haben die Gewerkschaften mehr Boden als in Gegenden, wo die Arbeiter den Bourgeoisparteien nachlaufen. D. Redaktion.) Es fällt aber noch eins ins Gewicht. Seither sind nur kettere Streiks und Aussperrungen erfolgt, eine Branche unterstützte die andere. Die Angriffe richteten sich auch meistens nur gegen einzelne Branchen, wenn aber nun die ganze Union angegriffen wird, so sind die Metallarbeiter unter heutigen Verhältnissen nicht im Stande auszuhalten. Große Massen bedürfen auch großer Mittel. Die Formern Hamburgs und Branschweigens konnten 1 1/2 Jahre aushalten, und zuletzt kapitulirten die Unternehmer, aber die Tabakarbeiter Hamburgs mit ihrer großen Zahl konnten es nur Monate aushalten und mußten sich ergeben. (Das war aber erst recht nur eine „Branche“! Red.) Die große Zahl thut es nicht immer. Redner

hält unter jetzigen Verhältnissen die von unserm Vertrauensmann Schwarz vorgeschlagene Organisation für die zeitgemäßeste; Branchen-Zentralisation mit gegenseitiger Unterstützung. Es entstand eine lebhaftere Debatte, an welcher sich die Kollegen E. J. C. G. und andere beteiligten. Sie äußerten sich in ähullichem Sinne, wie der Referent. Die Versammlung entschied sich für Branchen-Zentralisation. Bei „Verschiedenes“ kamen die Angriffe zur Sprache, welchen unsere Vertrauensmänner Schwarz und Grenz von verschiedenen Metallarbeiterversammlungen ausgeht sind. Kollege B. ergreift hierzu das Wort. Unsere Vertrauensmänner Schwarz und Grenz seien zunächst nur den Formern Rechenhaftig, für deren Interesse dieselben gewählt worden seien. Wenn die Formern mit ihnen zufrieden seien, hätten andere Branchen keinen Grund zum Tadel. Bis heute verdienten sie das volle Vertrauen der Formern, wir könnten stolz sein auf unsere Vertrauensmänner; manche andere Branche könnte die Formern darum beneiden. Er hoffe, daß die Formern treu zu ihren Vertrauensmännern stehen werden. Die Versammlung erklärt sich ebenfalls mit der seitherigen Thätigkeit unserer Vertrauensmänner einverstanden und stellt ihnen ein Vertrauensvotum aus und hofft, daß dieselben auch in Zukunft ihre Kräfte in den Dienst der Formern stellen werden.

Harburg. In der am 28. April abgehaltenen Versammlung des Vereins der Formern z. wurde beschlossen, uns von dem von Altona zum Metallarbeiterkongress gewählten Kollegen vertreten zu lassen. Dann wurde bekannt gemacht, daß in der Gießerei der Firma Messerschmid das Einstandstrinken immer noch nicht abgetrieben ist, trotzdem wir schon vor Jahresfrist dasselbe durch Versammlungsbeschlüsse abgefasst resp. als abzuschaffen erklärt haben. Redner gehören von der genannten Fabrik nur die jungen Leute unserm Verein an, der Stamm, der schon viele Jahre dort arbeitet, kümmerst sich nicht um uns. Fängt nun in der betreffenden Gießerei so ein „rändiges Schaf“ an, das mit seinem Einstandstrinken nicht gleich bei der Hand ist, so kann es gewärtigt sein, daß ihm die Thür gewiesen wird, da der Meister bei dem Einstandstrinken niemals fehlt. Wir können hiermit jedem durch Harburg reisenden Kollegen, der gerne Einstand gibt, diese Fabrik bestens empfehlen. Ein anderer Fall ist auch noch werth, daß er der Öffentlichkeit preisgegeben wird. Es wurde ein Bogen herumgereicht, um Unterschriften zur Einführung einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden zu sammeln. Die älteren Formern hielten dieses aber für schädlich, weil ihnen hierdurch 2 Stunden von ihrem Lohn gekürzt werden würden und weil sie meinten, sie könnten in einer Stunde ihren Wagen schon beschriften. — Nach Beantwortung einiger Fragen und nach einem Appell des Vorsitzenden, daß jeder in Fremdes- und Bekanntenkreisen agitiren möge, damit sich immer mehr Genossen ihren Organisationen anschließen, da von den Metallarbeitern Harburgs nur ungefähr der fünfte Theil organisiert ist, schloß derselbe die Versammlung.

Hauselantzen. Am 30. März hielt der Formerverein eine General-Versammlung ab. Der Kassier verlas die Abrechnung. Kassenbestand vom letzten Vierteljahr Nr. 85, 56 Einnahme im laufenden Vierteljahr Nr. 84, 10, Ausgaben Nr. 46, 99, bleibt Kassenbestand Nr. 72, 64. Der Vorsitzende hielt einen Rückblick auf den Verein und betonte, wenn sich auch Elemente unter den Formern befänden, die gegen den Verein arbeiten, so würde derselbe doch nicht zu Grunde gehen; er beantragte 25 Mk. zu bewilligen für den allgemeinen Fond, welches auch von der Versammlung gut geheißen wurde. Dann wurde beschlossen, einen Schrant anzuschaffen und wurde der Vorstand damit beauftragt. Ferner wurde beschlossen, eine Bibliothek zu schaffen und wurden hierfür 10 Mk. aus der Kasse bewilligt und 5 Proz. der gesammelten Einnahme. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Kollegen aufmerksam auf die Maßfeyer und wurde vom 1. Vorsitzenden von Mannheim, Kollegen Anll, der ebenfalls in der Versammlung erschienen war, ein Hoch auf die Arbeiterbewegung ausgebracht, in welches alle Kollegen kräftig einstimmten. Dann hielt Kollege Anll noch einen Vortrag über die Gewerkschaften, ihren Nutzen und ihre Bedeutung, der allgemeine Zustimmung fand. — Am 11. April erstatteten die Revisoren Bericht über die Bücher und Gelder, die sie für richtig befanden.

Mülheim (Ruhr). Den Kollegen, insbesondere den Fachvereinsvorsitzenden zur Nachricht, daß sich hier ein zweiter Formerverein gebildet hat, welcher sich „Formerverein Glück-Auf!“ benamset. Zweck desselben ist Unterstützung erkrankter Mitglieder, und wie man sich auszubilden beliebt, keine Summler zu unterstützen. Die Mitglieder desselben gehörten früher, mit Ausnahme einiger alten Veteranen, dem hiesigen Verein der Formern an. Der Sachverhalt, warum dieselben ausgetreten, ist kurz folgender.

Ein Mitglied, welches sich Ungehörigkeiten gegen den damaligen Vorsitzenden zu Schulden hatte kommen lassen, wurde exbalottirt, darauf gingen sich ihm seine Genossengenossen in's Schlepptau und bildeten nachträglich oben genannten Verein. Wir haben hier am Orte ca. 120 Formern, diese alle in einem Verein, wäre eine Masse, mit welcher zu rechnen wäre, aber leider treibt hier der Indifferentismus seine schändlichen Mächte. In unserer letzten Versammlung haben wir uns genügend, wegen zu starker Frankfurternahme unserer Klasse das Fremdegeschick von 1 A auf 75 A zu reduzieren. Ferner wurde noch unser erblindeter Kollege Poillon gedacht, für welchen die Summe von 20 A zusammengebracht wurde, wozu jedoch auch Nichtvereinsmitglieder beigetragen haben.

Klemperer.

Söppingen, 29. April. In der Metallwaren-Fabrik von Schaffler u. Saffert ist Streik ausgebrochen. Der Streik ist ferngehalten!

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Klemperer, welche am 26. April unter dem Vorsitz des Kollegen Selchow tagte, beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu dem demnächst stattfindenden allgemeinen Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt a. M., wobei hauptsächlich die Organisationsfrage in Betracht gezogen wurde. Kollege Weber hatte das Referat übernommen und führte aus: Auf dem vorjährigen Kongress in Weimar seien die Vertrauensmänner beauftragt worden, im nächsten Jahre einen Kongress einzuberufen, ohne daß ihnen nähere Bestimmungen über Zeit oder Ort gegeben wären. Diese hätten daher jetzt einen Kongress nach Frankfurt a. M. einberufen. Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter habe nun kürzlich beschlossen, den Kongress von Berlin aus nur durch drei Delegirte zu beschicken. Aus tatsächlichen Gründen hätte er selbst jedoch es lieber gesehen, wenn Berlin stärker vertreten gewesen wäre, aber für ihn sprächen hier wesentlich die auch schon in jener Versammlung angeführten Gründe wirtschaftlichen Charakters mit. Er stelle es zwar der Versammlung anheim, hierzu Stellung zu nehmen und glaube auch, daß die Versammlung trotz der Beschlüsse der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung dazu berechtigt sei. Als den Hauptpunkt des Kongress-Programms bezeichnet Redner, zu diesem übergehend, den Punkt, welcher die Organisationsfrage behandelt. Redner bemüht sich zunächst, in höchst objektiver Weise die Vorzüge und Nachteile einer Zentralisation gegenüber einer Lokalorganisation klar zu legen. Im Prinzip dürfte wohl Jeder für eine Zentralisation sein, angesichts unserer Vereinsgröße jedoch würde eine solche, welche ein Fernhalten der Gewerkschaftsbewegung von der Politik in sich birge, zumal im Kampfe gegen Leute von der Art eines Kühnemann, ein großer Fehler sein. Man würde sich durch das Entfernern der Politik aus der Gewerkschaftsbewegung selbst den Lebensfaden unterbinden. Die Nachteile der Zentralisation dürften wohl erheblich deren Vortheile überwiegen, so daß unter den heutigen Verhältnissen eine Zentralisation den Interessen der Arbeiterschaft keineswegs entspreche und daher verwerflich sei. Redner legte dann den Zweck einer Gewerkschaftsorganisation dar und empfiehlt als die gegenwärtig beste Organisationsform die lokale Zentralisation, und fordert die Kollegen zum Eintritt in den neugegründeten Verband aller in der Eisen- und Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter auf. In der Diskussion sprachen sich von den zahlreich anwesenden Rednern fast alle im Sinne der Ausführungen des Referenten gegen eine Zentralisation und für eine lokale Zentralisation aus. Nur zwei Redner und ganz besonders energisch Kollege Selchow traten für eine Branchen-Zentralisation ein. Größere Meinungsverschiedenheit herrschte dagegen vor bei der Frage, ob die Klemperer sich noch besonders auf dem Kongress vertreten lassen oder ob sie sich dem Beschluß der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung anschließen sollen. Kollege Pöhlke legte die Gründe dar, welche damals veranlaßten, von einer Vertretung der Interessen der einzelnen Branchen, als für Berlin gar nicht vorhanden, Abstand zu nehmen und nur insgesammt drei Delegirte zu senden. Nach einem kurzen Schlußwort gelangte folgende Resolution und zwar der erste Theil derselben gegen eine Verschwindend kleine Minorität, der andere Theil ebenfalls mit großer Mehrheit zur Annahme. 1) Die öffentliche Versammlung der Klemperer Berlins, abgehalten am 26. April 1901 bei Feuerkeim, erklärt sich gegen eine allgemeine Zentralisation, da die heutige verschiedenartige Vereinsgesetzgebung in den einzelnen Partikularstaaten diese einigen deutlichen Gedanken unzulässig macht und da ferner die Politik aus dieser Zentralisation ausgeschlossen sein möchte, wodurch die Heranziehung stürzender Kräfte durch dieselbe zur Sozialdemokratie unzulässig gemacht würde. 2) Ferner beschließt die Ver-

Sammlung, reinen Delegierten nach Frankfurt a. M. zu senden. Es wurde hierauf noch eine Ergänzungswahl an Stelle des aus der Dohnkommission ausgeschiedenen Kollegen Vogel zu derselben vorgenommen, wofür Kollege Becker gewählt wurde. Unter Verschiedenem wurde, nachdem Kollege Linger dazu gesprochen hatte, folgende, bei der Beratung mit allgemeiner Zustimmung angenommene Protest-Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, bei Feuerstein tagende, öffentliche Klemmer-Versammlung spricht ihre Mißbilligung über das Gebahren des Vereins der Metall-Industriellen aus. Die Klemmer Berlins haben erkannt, daß der genannte Verein nur durch die verwerflichsten Mittel, als Besetzung der öffentlichen Meinung durch eine feile Presse u. s. w., sein ungeschicktes Treiben zu beschönigen vermag. Die Versammlung verurtheilt ferner das Verhalten des Volksgewährmannen von Berlin, der ein Geldgeheimnis als Belohnung für seitens der Beamten am 1. Mai vorigen Jahres im Interesse der Fabrikanten geleistete Dienste annahm und erwartet, daß diese Thatsache von dem größten Theil des deutschen Volks mit Entrüstung gürd gewiesen wird.“

Berlin. Der Bericht in Nr. 17 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ enthält mehrere Unrichtigkeiten, und zwar betreffs des Aufrufs der Vertrauensmänner. Hier hat ein scharfes Kritikkriterium überhaupt nicht stattgefunden, sondern die Diskussion war ziemlich gehässig; der Vorleser, welcher den Aufruf verlas, legte die Gründe dar, welche die Vertrauensmänner bewog, den Aufruf zu erlassen, verurtheilte scharf das Vorgehen einzelner Personen, welche fortwährend von Autoritäten sprachen, aber selbst keine Autoritäten sein wollten, das Unterschreiben des Meberes wäre in Berlin schon nichts Neues mehr, da es in mehreren Fabriken schon thut ist, aus dem Fach-Verein auszutreten. Das Unterschreiben unter manchen Fabrikordnungen wäre noch viel entwürdigender; wie viel Meister unterschrieben nicht den Kontrakt, keinen Sozialdemokraten auf löhnlösen Bauten zu beschäftigen, kimmerten sich aber absolut nicht darum, können's auch nicht. Er, Redner, wäre der Meinung, daß der Aufruf nur den Industriellen zuzukommen wolle, denn wenn die Genossen den Aufruf anerkennen, so hat eben der Meber seinen Zweck erreicht. Handeln aber die Genossen nicht nach der Mahnung der Vertrauensmänner, nun dann wird der Meber eine fürchtbare Waffe in den Händen der Unternehmer. Ueberall sei es aber schon ausgeplaudert, daß der Schein nicht vorgelegt wird, und zwar in Folge der Forderung an die deutschen Metallarbeiter: „einfach zu unterschreiben.“ Die Industriellen werden ihr Papier sparen. Das zu erreichen war und ist wohl allein der Zweck des Aufrufs; und man solle seine sittliche und moralische Entrüstung sparen, und solle den Vertrauensmännern nicht immer Knäpkel zwischen die Beine zu werfen versuchen. Es entstand nun eine Debatte, in der mehrere Redner im Sinne des Vorredners sprachen. Nur Kollege Bräuer, Vertrauensmann der Provinz Brandenburg, war dagegen.

Magdeburg. Der Bericht von hier in Nr. 17 ist insofern zu berichtigen, daß die Versammlung sich zwar für allgemeine Metallarbeiter-Union aussprach, jedoch dem Delegierten kein gebundenes Mandat erteilte. (Wir erziehen die Genossen, sich stets einer präzisesten Ausdrucksweise zu bedienen. Aus manchen Berichten ist absolut nicht klar zu ersehen, wie sich die Versammlung ausgesprochen hat. Red.)

Metall-Arbeiter.

Attenburg. Wegen fortgesetzter Maßregelungen in der Nähmaschinen-Fabrik von Diederich wird wiederholt dringend ersucht, den Zugang fernzuhalten!

Braunschweig. Der Bericht in Nr. 18 über die letzte hiesige Metallarbeiter-Versammlung ist in der Ausdrucksweise nicht klar genug, denn sämtliche Redner, (mit Ausnahme einiger Genossen aus dem Schmiedegewerbe, welche Mitglieder der hiesigen Filiale des Verbandes der Schmiede Deutschlands sind und aus leicht begreiflichen Gründen für die Fachzentralisation sich ausgesprochen, jedoch auch im Prinzip eine allgemeine Union für das Bessere hielten) sprachen sich in dem Sinne aus, daß die Gründung einer allgemeinen Union mit Einrichtung von örtlichen Sektionen, wie es der Statutenentwurf besagt, sich sehr gut durchführen ließe und somit dem vielseitigen Verlangen Rechnung getragen sei, daß sich in größeren Orten, wo es die Stärke der einzelnen Branchen als zweckmäßig erachtet, sich solche Gruppen bilden und der allgem. Union anschließen können, jedoch ohne besondere Spezial-Oberleitung. R. Sch.

Berlin. Eine Massenversammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von Berlin wurde am 18. April im Feen-

Palast abgehalten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Komplott der Metall-Industriellen gegen die Arbeiter“, führte Kollege Alwin Gerlich Folgendes aus: In einer früheren Versammlung der Metall-Arbeiter betreffs der Walfeder wurde die Forderung ausgesprochen, daß bereinst einmal alle Fäden enthüllt werden würden, welche die Unternehmer zur Hintertreibung dieser Fäden gesponnen haben. Schneller, als man gedacht, habe sich diese Forderung verwirklicht! Heute ist das Reich sichtbar, mit dem die Arbeiterklasse vor Jahresfrist umstellt war; und heute, nachdem wir die Kampfweise unserer Gegner kennen gelernt haben, können wir uns an unsere Niederlage erklären, jene Niederlage, die gleichzeitig für uns einen großartigen moralischen Sieg bedeutet. Denn in vollem Licht des Tages haben die Arbeiter verhandelt, und klar und deutlich traten die Motive für ihre Handlungswaise hervor: es war das Mitleid, das innige Erbarmen mit Millionen von Arbeitskräften, die durch das heutige Ausbeutungs-system um ihr Lebensglück betrogen werden. Unsere Gegner haben dagegen nicht offen, sondern in geheimen Zusammenkünften verhandelt; „streng vertraulich“ war ihre Lösung, „streng vertraulich“ das Selbstgespräch, mit dem sie nicht einen offenen, ehrlichen Kampf begannen, sondern heimlich die Minen legten, welche die Arbeiter besiegen sollten. Ein Jahrhundert ist verfloßen, seit man gegen die geheimen Verhaftsbefehle der feudalen Staaten kämpfte, aber trotzdem haben sich unsere heutigen Großen nicht geschämt, jene alten Junker nachzuahmen. Wer früher von einem solchen geheimen Verhaftsbefehle betroffen wurde, bekam wenigstens ein Obdach, Speise und Trank, heute dagegen ist der also Betroffene vogelfrei und dem Elend preisgegeben und irrt so lange umher, bis er durch die Noth getrieben entweder zum Verräther an seiner Ueberzeugung oder zum Selbstmörder wird. Das Bedauerlichste an dieser Sache ist es aber, daß selbst die Behörden bei dieser Angelegenheit die Hand im Spiele haben. Wenn irgend Jemand des Schutzes dringend bedürftig ist, so doch in erster Linie der Arbeiter, und dennoch haben die Behörden, so weit es sich um Staatsbetriebe handelte, dem herrschenden Kapital die Hand zum Bunde gereicht und an dem großen Fesseltreiben gegen die Arbeiter thätig Antheil genommen. Als vor längerer Zeit ein Fabrikant für die auf sein Eigentum verwendete besondere Wachsamkeit ein Geschenk von 3 M anbot, weigerte die Polizei sich, das Anerbieten anzunehmen. Ist es nun etwas anderes, wenn man diesem Geschenk noch drei Nullen angehängt hat, ändert das die Verhältnisse? Ne und nimmer! Alle aufreizenden Reden, all die Bitterkeit, die in den Worten der Vorkämpfer der Arbeit gegen das Kapital liegt, sie alle verschwinden vor den aufreizenden Thatsachen der Kapitalisten. Wenn nun unsere Gegner behaupten, die Unternehmer seien gezwungen, derartig gegen die Arbeiter vorzugehen, da dieselben eine einseitige Lohn-erhöhung anstrebten, so können wir dem entgegenhalten, daß das nur geschieht, um den einseitigen Lohnreduktionen ein Gegengewicht zu geben. Denn es ist Thatsache, daß jeder von den Arbeitern einseitig versuchten Lohn-erhöhung 100 von den Unternehmern einseitig durchgeführte Lohnreduktionen gegenüberüberstehen. Was nun die Behauptung der Herren, welche das Komplott gegen die Arbeiter gebildet haben, betrifft, daß kein Arbeiter auf die schwarze Liste gekommen wäre, der es nach dem Urtheil der aus den achtbarsten Mitgliedern bestehenden Kommission nicht wirklich verdient habe, so läßt sich zum gegenüber stellen, daß anfangs ein jedes Mitglied des Verbandes das Recht hatte, den Namen eines Arbeiters auf die schwarzen Listen zu setzen. Als dann später eine Kommission eingesetzt wurde, griff man zu dem Mittel, auch die Ansicht eines „Brüder Arbeiters“ zu hören. Ob aber wirklich Arbeiter gehört worden sind, steht sehr zu bezweifeln, und bevor man uns nicht nachweist, welcher Arbeiter gesprochen hat, halten wir die Behauptung für unwahr. Sollte aber wirklich ein Arbeiter befragt worden sein, so gewiß nur ein solcher, den man als einen indifferenten kannte. Und wehe demselben, wenn er etwa anders gesprochen hätte, als es im Wünsche der Unternehmer lag! Der Unglückselige wäre ebenfalls für einen „wilden Agitator“ gehalten und demgemäß behandelt worden. Die Enthaltungen sind nun für uns ein Mahnruf, das nachzu-helfen, was wir bisher verjäumt haben. Ein Jeder muß die sträfliche Nachlässigkeit schwinden lassen und voll und ganz seine Schuldbiligkeit thun. 20,000 organisierte Metall-Arbeiter, das sei die Antwort auf die Herausforderung des Unternehmers-thums, und das wird auch die beste Antwort sein. (Stärklicher Beifall.) In der Debatte wurde erwähnt, daß ein Arbeiter als „wilder Agitator“ bezeichnet worden sei, weil er sein (des Redners) Freund war, und ein anderer, weil er seinen Sohn als Behr-ling aus einer Fabrik fortgenommen habe.

Folgende drei Resolutionen kamen zur Abstimmung: 1) „Die heute im „Feen-Palast“ versammelten Metallarbeiter Berlins sprechen ihren Absicht aus über die Reaktionen des Verbandes der Berliner Eisen- und Metall-Industriellen, durch welche Arbeiter, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie sich nicht zu willenlosen Sklaven des Kapitals begeben lassen wollten, dem Elend überliefert werden. Die Versammlung hält diese Handlungswaise für um so verwerflicher, weil sie ausgeht von Personen, die sich stets als die Hüter und Schützer der höchsten Güter der Nation aufspielen, und weil sie sich richtet gegen Arbeiter, die für eine Verkürzung und geistliche Fügung der Arbeitszeit manifestieren, also für eine Forderung eintreten, die, wie das Beispiel anderer Staaten beweist, ebenso leicht ausführbar wie von eminent kultureller Bedeutung ist. Angesichts solcher Vergewaltigung der Arbeiter durch die Unternehmer erhebt die Versammlung energisch Protest gegen die in der neuen Gewerbe-Ordnung-Novelle enthaltenen Bestimmungen der Bestrafung des Kontraktbruchs, sowie der Verschärfung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Die Versammlung fordert volles und uneingeschränktes Koalitionsrecht, als das natürliche Recht der Arbeiterklasse. Die Versammlung richtet aber auch zugleich an alle Metallarbeiter Berlins den dringendsten Appell, sich fest zusammenzuscharen, um durch vereintes Handeln der drohenden Verklagung entgegenzutreten. Die Versammlung erklärt und gelobt, daß sie alle Kräfte einsetzt und nie erlahmen wolle, die neu gegründete und allseitig mit ungeheurer Sympathie begrüßte Organisation so stark und mächtig zu machen, bis sie im Stande ist, die unwürdigen Zustände zu beseitigen, unter denen die Metallarbeiter selbst leiden, und die von allen denkenden Arbeitern als eine tiefe Schmach für das 19. Jahrhundert empfunden werden.“ (Einstimmig angenommen.) 2) „Die Versammlung spricht allen Berliner Firmen, die sich von dem alle sozialen Verhältnisse vergiftenden Treiben des Verbandes der Metall-Industriellen fern gehalten haben, ihre Achtung und Anerkennung aus.“ (Gegen etwa 5 Stimmen angenommen.) 3) „Die heutige Versammlung der Metallarbeiter Berlins fordert alle denkenden Arbeiter auf, in großen Versammlungen gegen die Vergewaltigung der Arbeiter zu protestieren, wie sie vom Verband der Berliner Metall-Industriellen und vom Verbands der Metall-Industriellen Deutschlands systematisch betrieben wird. Die Versammlung hofft, daß, wenn die Unternehmer sich auch gegen alle anderen Vorstellungen als blind und taub erweisen, sich doch die allgemeine stitliche Verurteilung ihres Treibens veranlassen wird, den bisher betretenen Weg nicht länger mehr zu verfolgen.“ (Diese Resolution wurde gegen eine kleine Minorität angenommen.) Eine vierte Resolution, durch welche die Versammlung aufgefordert wurden, einen Meber, der ihnen am 1. Mai von den Arbeitgebern eventuell zum Unterzeichnen vorgelegt werden könne, in keinem Falle zu unterschreiben, wurde vorläufig zurückgezogen, da zur Verhandlung dieser Angelegenheit eine neue Versammlung einberufen werden soll, und man ging zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Stellungnahme zu dem am 1. Juni in Frankfurt a. M. stattfindenden Kongreß und Wahl der Delegierten. Der Referent, Kollege Körsten, bemerkte zunächst, daß die Zeit, während welcher der Kongreß tagen solle, nicht günstig gewählt sei, und führte dann aus, daß die Berliner Metallarbeiter dem Kongreß nicht besonders sympathisch gegenüberstünden und das auch nicht könnten. Die Berliner Metallarbeiter gäßen in den letzten Monaten gezeigt, daß sie sich einig seien und anerkannt, daß die Form der Organisation, wie sie gewählt sei, für Berlin die einzig richtige sei. Der Stand der Delegierten, die von Berlin aus nach Frankfurt gingen, würde deshalb auch ein besonders schwieriger sein. Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter hält die von den Vertrauensmännern einberufenen Spezial-Kongresse der verschiedenen Branchen für überflüssig und beschließt, nur den allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß beschicken zu wollen. Zur Frage der Organisation erklären die Versammelten, daß sie nach sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, sowie mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand der Berliner Metallarbeiter-Organisation für die nächste Zeit an der lokalen Zentralisation als der für Berlin besten Form der Organisation festhalten müssen. Die Versammlung hält es im Uebrigen für selbstverständlich, daß die Berliner Metallarbeiter, wenn sie sich auch unter dem Zwang der Verhältnisse gegen eine formelle Zentralisation aussprechen müssen, sich dennoch stets eins mit den Metall-Arbeitern Deutschlands fühlen und demgemäß handeln werden.“ Die Versammlung beschloß hierauf, den Kongreß mit drei Delegierten zu beschicken und wählte als solche einstimmig die Kollegen Körsten, Gerlich und

Peyold. Desgleichen wurden zu einer Kommission, welche die für die Reise und den Aufenthalt in Frankfurt nöthigen Kosten beschaffen soll, einstimmig die Kollegen Stabernack, Trittelholz und Neumann gewählt.

Berlin. Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen hielt am 18. April seine letzte Versammlung ab und zwar war dies eine Generalversammlung, welche über die auf der Tagesordnung stehende Auflösung des Vereins zu beschließen, sämtliche Vereinsangelegenheiten zu regeln und eine Liquidationskommission zu wählen hatte. An Stelle des verhinderten Kollegen Pring hatte das Referat Kollege Ehrlich übernommen; Referent trat noch einmal auf die Thätigkeit des Vereins ein, derselbe habe in seinem achtjährigen Bestehen gewiß segensreich gewirkt und habe alle die Klippen, die sich jeder Organisation entgegenstellen, stetig überwunden, er habe an Unterstützung gewiß das geleistet, was man nur erwarten konnte, er habe durch wissenschaftliche Vorträge jeder Art und durch seine Bibliothek gewiß agitatorisch gewirkt, und wenn heute die Auflösung beschlossen sei, so geschähe dies nur, um den Verhältnissen Rechnung zu tragen und aus dem Drange nach Vereinigung zu einer großen lokalen Organisation aller Metallarbeiter Berlins. Des Weiteren führte er die Vortheile, welche letztgenannte Organisation bietet, der Versammlung vor Augen. In der darauffolgenden Diskussion, an welcher sich die Kollegen Start, Merich, Fischer und Berwick beteiligten, gelangte die vom Kollegen Start gestellte Resolution zur Annahme: „Weil uns die Erfahrung gelehrt, daß heute, wo die Unternehmer der Metallbranche, wenige rühmliche Ausnahmen abgerechnet, sich zusammengeschlossen, um das Koalitionsrecht der Arbeiter unzulässig zu machen, die jetzt bestehenden Fachvereine nur eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten, die von einem Theil der Arbeiterschaft angestrebte Zentralisation über ganz Deutschland aber zu leicht den bestehenden Vereinsgelegen zum Opfer fallen, so beschließt die heutige Generalversammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen, ihren Verein zu Gunsten des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ aufzulösen und verpflichtet sich mit ganzer Energie dahin zu wirken, daß derselbe sich groß und mächtig gestalte. Ferner beschließt die Versammlung, das vorhandene Vermögen dem genannten Verbands zu überweisen.“ Hieran schlossen sich die Berichte der Kassier und des Bibliothekars, für welche sämtlichen Kollegen Decharge erteilt wurde. Einnahme inklusive eines Wertpapiers M 517 45, Ausgabe M 184 95, bleibt Bestand M 332 50. Vergütungsliste: Bestand M 145 60, Bibliothek: Zahl der Bücher 64. Bei „Verschiedenem“ wurden dem Kollegen Pringbiller, welcher wegen Lohnreduktion seine Arbeit aufgeben mußte, laut Statut für 3 Wochen Unterstützung bewilligt, welche die Versammlung auf 12 M per Woche festsetzte. Zu Liquidatoren wurden die Kollegen Berwick, Wreden, Steinfort, Ungefugt und Zeiler gewählt. Nachdem noch Kollege Starnmacher auf den Beschluß aufmerksam machte, einen Theil des Arbeitsverdienstes vom 1. Mai zu opfern, gab er gleichzeitig bekannt, daß die Marken hierzu schon jetzt bei ihm zu haben sind, und bat er, dieselben ausgiebig zu benutzen. Hierauf erklärte der Vorleser den Verein für aufgelöst und schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den neuen Verband.

Everstadt. In der am 20. April stattgefundenen Versammlung des Metallarbeiter-Fachvereins zu Everstadt wurde wegen Abreise von zwei Vorstandsmitgliedern Oskar Böhlmann als 1. Vorsitzender und Heinrich Münd als Kassier gewählt. Ferner wurde das Vereinslokal in das Gasthaus „Zum Odenwald“ verlegt. Wir bitten, alle Sendungen an den 1. Vorsitzenden Oskar Böhlmann, Alte Darmstädterstr. 21, zu richten.

Frankfurt a. M. In der außerordentlichen Generalversammlung des Fachvereins der Metallarbeiter legte der seitherige erste Vorsitzende, Kollege Kapp, sein Amt wegen Abreise nieder und wurde Kollege W. Lange, Löngeggasse 42, 3, gewählt. Kollege Krämer hielt einen vorzüglichen Vortrag über Fessing und seine Bedeutung für die Kulturentwicklung, welcher, da er durch die hier Mode gewordene Feierabendstunde unterbrochen wurde, in einer nächsten Versammlung fortgesetzt werden soll.

Stettin. Am 21. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Tages-Ordnung: 1) Stellungnahme zum allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß. 2) Stellungnahme zum 1. Mai. 3) Verschiedenes. Da Genosse Schütz aus Breslau verhindert war, uns hier einen Vortrag zu halten, nahm Kollege Bennenow zum ersten Punkt das Wort und schilderte in ausführlicher Weise die Wichtigkeit des Kongresses. Nachdem noch mehrere Redner in diesem Sinne gesprochen hatten, wurde einstimmig be-

Schlossen, einen Delegierten zum allgemeinen Metallarbeiter-Kongress zu senden; als solcher wurde Kollege Benschütz einstimmig gewählt. Der 2. Punkt rief eine lebhafteste Debatte hervor. Von allen Rednern wurde die Wichtigkeit der Walfelder betont und wurde beschlossen, am 8. Mai an der öffentlichen Walfelder hier Theil zu nehmen. Auch wurde der Antrag einstimmig angenommen, ein Viertel des am 1. Mai verdienten Tageslohnes an die General-Kommission der Gewerkschaften abzuliefern, wozu eine Kommission von 2 Mann gewählt wurde. Der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Anwesenden, sich der hiesigen Metallarbeiter-Organisation anzuschließen, die Versammlung. — Am 27. April fand vom hiesigen Fachverein der Metallarbeiter die Generalversammlung statt. Nachdem der 1. Punkt „Geschäftliches“ erledigt war, nahm der Vorsitzende zum 2. Punkt: Statuten-Entwurf der allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Union, das Wort, und führte den Mitgliedern vor Augen, wie notwendig eine Centralisation sämtlicher in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter sei; er schilderte das Vorgehen des Verbandes der Metall-Industriellen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute z. tagende Versammlung des Fachvereins der Metall-Arbeiter erklärt sich mit dem Statuten-Entwurf der Vertrauensleute der deutschen Metallarbeiter zur Anbahnung einer Metallarbeiter-Union einverstanden.“ Ferner wurde der Antrag gestellt, für den Verein die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen. Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. — Der hiesige Fach-Verein hat vom November 1890 bis April 1891 an 52 durchreisende Metallarbeiter Unterstützung gezahlt.

Verford. In einer am 24. April abgehaltenen Metallarbeiter-Versammlung referierte Kollege Grenz aus Chemnitz über die nächste Form der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter. Nach dem Vortrage forderte Kollege Wilhelm die Anwesenden auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die indifferenten Kollegen aus ihrer Behaglichkeit aufzurütteln und dem hiesigen Metallarbeiter-Verein zuzuführen. Eine Resolution, welche das Einverständnis mit dem Referenten ausdrückt, ferner eine Metallarbeiter-Union als erstrebenswert erklärt, fand Annahme. Kollege Schwarz wurde als Delegierter gewählt.

Zwickau. Am 11. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Als Referent war Herr Grenz aus Chemnitz erschienen. Derselbe ermittelte sich seines Referats über „politische und wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiter“ zur größten Zufriedenheit. Zum 2. Punkt, Kongressfrage, wurde mit großer Majorität H. Rohrhirsch als Delegierter gewählt. Auch am hiesigen Orte erfreut sich der Fachverein keiner Sympathie seitens der Unternehmner. Als die Versammlung bekannt gemacht war, wurde den Schloßern der hiesigen Zementfabrik, 60—70 Mann, einfach befohlen (!) an dem betreffenden Abend zu arbeiten. Infolge dessen war es selbstverständlich, daß diese Metallarbeiter, welche am hiesigen Orte die Mehrheit bilden, in der Versammlung nicht erscheinen konnten.

Köln. Am 21. April fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit folgender Tagesordnung: Stellungnahme zu dem in Frankfurt am 1. Juni stattfindenden Metallarbeiter-Kongress. Wahl eines Delegierten. Stellungnahme zur Walfelder. Verschiedenes. Zum 1. Punkt referierte Kollege Sträter. Er wies in seiner Rede auf die durch das Sozialistengesetz gefallene Metallarbeiter-Vereinigung hin und erläuterte das allmächtige Wiederaufblühen der Sozialvereine. Zum jetzt stattfindenden Kongress übergehend, besprach Redner die Centralisationsfrage und die Maßnahmen der Unternehmner zu den Arbeiterorganisationen. Des Weiteren besprach derselbe die geplante Metallarbeiter-Union und schloß mit dem Entschluß an die Anwesenden, der hier bestehenden Organisation beizutreten. Die Diskussion war ziemlich lebhaft und wurde beschlossen, dem zu wählenden Delegierten in Betreff der Organisationsfrage angebundenes Mandat zu erteilen. Beim 2. Punkt wurde Kollege Bamberger als Delegierter einstimmig gewählt. Zum 3. Punkt legte Kollege Sträter die Vortheile, die uns durch die Verkürzung der Arbeitszeit geboten werden, eingehend klar und wies die Einwände, die von Seiten der Unternehmner gemacht werden, zurück. Eine Resolution, dahin lautend: Einen Theil des Verdienstes vom 1. Mai dem Pressfond für die demnächst erscheinende „Kölnischer Arbeiter-Zeitung“ zuzuführen und sich vollständig an der Demonstration zu beteiligen, fand einstimmige Annahme. Bei „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß nur durch eine große und starke Vereinigung die Ziele, welche wir uns gesetzt, durchzuführen seien und wurden diejenigen, welche dem Verein bisher noch fern geblieben haben, aufgefordert, demselben beizutreten.

Magdeburg-Duckow. Der Verein aller in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 19. April eine Mitglieder-Versammlung ab. In „Verschiedenes“ wurde nach längerer Debatte folgender Antrag angenommen: Das Geschenk für zugewandte Kollegen vom 1.50 bis auf Weiteres auf 1.00 zu reduzieren. Dasselbe wird haarklein bei der Herberge bei Hoge, Braune Fischerstraße 8, ausbezahlt. Da einmal die Anzeige seitens der „Volksstimme“ im Vereins-Kalender unterlassen wurde, so fand folgender Antrag Annahme: Die Versammlung möge beschließen, jede Vereinsversammlung mit Angabe der Tagesordnung in knappster Form in der „Volksstimme“ bekannt zu machen. Darauf wurde ein früherer Versammlungsbeschluss, wonach nur diejenigen Arbeitslosen Geschenk erhalten, welche acht Tage außer Arbeit sind, aufgehoben, indem man anerkannte, daß mancher Arbeiter ohne einen Pfennig Geld aus der Arbeit entlassen wird und auf Geschenke angewiesen ist. Dann wurde der Ueberfluß vom Stiftungsfest in Höhe von 1.50.20 der Vereinskasse übergeben. Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche noch im Besitze von Einlaßkarten resp. Geld dafür sind, hiermit aufgefordert, zur nächsten Versammlung zu erscheinen und mit dem Vergütungskomitee abzurechnen. Ein Antrag, die nächste Abrechnung vom 8. zum 10. Mai, die Versammlung vom 17. zum 24. Mai zu verlegen, wurde angenommen. In dieser Debatte wurden hauptsächlich die Former Magdeburgs getadelt, da dieselben in letzter Zeit die Versammlung so wenig besuchen, gerade jetzt, wo es doch nötig ist, Schulter an Schulter zu treten. Es werden deshalb die sämtlichen Former, sowie alle in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter an ihre Pflicht erinnert, dem Willen ihrer Kollegen beizutreten, um den verbildeten Metallindustriellen mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Zum Schluß wurden noch die Zahlstellen der Hilfskassirer bekannt gemacht. Für Duckow: Restauration Blate, Freiestraße; Neue-Neustadt: Restauration Behlert; Alte Neustadt: Restauration Banne, Weinberg; jeden Sonntag Morgens 8 u. 9 Uhr: Otto Jahn, Breiter-Berg 122 b; Magdeburg: Reuhaus, Peterstr. 14 (jeden Sonntag Morgens). — Es wird gebeten, bei jeder Abrechnung der Hilfskassirer, sowie der Vertrauensleute, die Mitgliedsbücher zum Abstempeln mitzubringen.

R. R. Nürnberg. Am 27. April fand hier eine sehr gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung statt, um zur Organisationsfrage Stellung zu nehmen. Wir wollen den Raum des Blattes nicht sehr in Anspruch nehmen, weshalb wir uns darauf beschränken, zu bemerken, daß sich alle Redner für die Metallarbeitercentralisation und gegen Fachcentralisation erklärten. Den berechtigten Eigentümlichkeiten einzelner Branchen werde eventuell durch Bildung lokaler Sektionen vollauf Rechnung getragen, denn lokale gewerbliche Verhältnisse habe der Zentralvorstand fast nie zu regeln, dies sei Sache der Mitglieder und der Lokalverwaltung. Besonders müsse aber darauf gesehen werden, daß mit den Personen zur Zentralleitung kein Mißgriff gemacht werde; Autoritäten brauchen es nicht zu sein, sondern intelligente Leute mit einem weiten Blick. Ueberaus drastisch wurde die Situation beleuchtet, in welche eine Gewerkschaft kommen könne, wenn deren Zentralvorstand einen Streit gutgeheßen und dieser dann von dem eventuellen Verwaltungsrath als nicht berechtigt erklärt und in Folge dessen von der Union dazu keine Unterstützung geleistet würde. Die Differenzen, welche sich bei einer Union mit mehreren Zentralverwaltungen und Verwaltungsrath ergeben würden, legten die ganze „Union“ lahm, der Streit würde nie aufhören. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „In Ermägung, daß in Folge der Konzentration des Kapitals und der damit verbundenen Theilung der Arbeit die Branchentralisation nicht fähig ist, die Interessen der Metallarbeiter zu wahren, beschließt die heute im Café Merk tagende Metallarbeiter-Versammlung, daß den Delegierten der Auftrag gegeben wird, auf dem in Frankfurt tagenden Metallarbeiter-Kongress für eine einheitliche Metallarbeiter-Union, mit je nach Bedürfnis zu errichtenden örtlichen Fachsektionen einzutreten.“ Die Beratung des Statuten-Entwurfs und die Wahl der Delegierten wurde den einzelnen Branchen überlassen.

Offenbach, 4. Mai. Nachdem Genosse Schwarz in Nr. 18 gegen die Redaktion dieses Blattes ausgesprochen hat, daß Erörterungen, welche über die Geschäfte der Vertrauensmänner hinausgehen, eine sachliche und ruhige Diskussion zu fördern geeignet sind, so verzichtete die Einsender der Korrespondenz in Nr. 17, um sich nicht auch diesem Vorwurf anzuschließen, auf eine weitere Erörterung. Wir können dies schon deshalb unterlassen, weil Genosse Schwarz selbst eingesehen hat, daß es eine sich widersprechende Handlungsweise ist, in allgemeinen Metallarbeiter-Versammlungen für Fachcentralisation einzutreten.

Solingen. Am 26. April fand hier im

Robenberg'schen Lokal eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, welche gut besucht war. Tagesordnung: 1) Stellungnahme zu den Unionsstatuten. 2) Wahl eines Delegierten zum Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt. Der 1. Punkt wurde einer sehr eingehenden Beratung unterzogen, v. A. wurden auch verschiedene Paragraphen einer kleinen Abänderung für nöthig erklärt, welche der Delegierte zu vertreten hat; im Prinzip wurden aber die Unionsstatuten einstimmig anerkannt. Was die Organisationsfrage im Ganzen anbelangt, wurde dem Delegierten insofern ein gebundenes Mandat erteilt, indem er nur für die allgemeine Metallarbeiter-Organisation einzutreten hat; im Uebrigen wurde demselben ein angebundenes Mandat erteilt. Beim 2. Punkt sprach man sich dahin aus, nur eine solche Person zu wählen, die auch die genaue Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung hat und auch mit den hiesigen Verhältnissen genau vertraut ist. Bei der darauf stattgefundenen geheimen Wahl wurde der hiesige Vertrauensmann der Metallarbeiter, H. Steinmüller, Peterstraße 12, gewählt. Nachdem noch von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen wurde, daß jetzt endlich einmal eine zweckentsprechende Organisation geschaffen würde, wurde die Versammlung geschlossen.

Metallarbeiter.

Offenbach. Achtung Metallarbeiter! Daß die hiesigen „Arbeitgeber“ ihre vor Kurzem gemachte Aeußerung (S. Nr. 17) pflichtgetreu einhalten, beweist folgender Vorfall: Am letzten Montag wurde dem Vorsitzenden des hiesigen Metallarbeiter-Fach-Vereins gekündigt mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß man solche Arbeiter, die sich erlauben, sich an die Spitze eines derartigen Vereins zu stellen, nicht beschäftigen werde. Um weiteren derartigen Maßregelungen vorzubeugen, können wir unseren Kollegen voreerst nicht genug raten, jeden Zugang nach Offenbach a. M. fern zu halten und sich mit uns solidarisch zu erklären.

Schloffer u. Maschinenbauer.

Braunschweig. Verein der Schloffer und Maschinenbauer. In der am 11. April abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung die Abrechnung verlesen. Diefelbe ergab eine Einnahme von 1.622.96, eine Ausgabe von 1.444.45, mithin verblieb ein Kassensaldo von 178.51. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Herbergs-Kommission, bestehend aus 9 Personen, neu gewählt. Der dritte Punkt der Tagesordnung, „Die Verhältnisse der Bernuth'schen Schiffenfabrik“ bot recht interessante Enthüllungen. Ein Kollege theilte zunächst mit, daß ihm ein Theil seines Lohnes vorenthalten sei. Die eingeleiteten Schritte bei hiesigem Stadthaus, Abtheilung für Gewerbeachen, dieserhalb waren ohne Erfolg, indem Herr Bernuth erklärte, den fehlenden Betrag nicht zahlen zu wollen; der betreffende Beamte erklärte überhaupt, seine Funktion habe vom 1. April in dieser Sache aufgehört, am 1. Juli trete das Gewerbegericht in Kraft, derartige Fälle müßten bis dahin an das Amtsgericht verwiesen werden. Wir verstehen nun nicht, wie der Stadtmagistrat alte Institutionen, schon 3 Monate vor Inkrafttreten der neuen aufheben kann. Er trifft einen Arbeiter, der keiner Organisation angehört, oder sonst mittellos ist, bis dahin ein solcher Fall, so ist er gänzlich der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben, wenn er nicht die Mittel hat, oder einer Organisation angehört, um die Privatklage aufzulegen zu können. Der Verein beschloß, die Angelegenheit als die seine zu betrachten und die Kosten der Klage zu bestreiten. Die dann zur Verlesung kommende Fabrik- oder besser gesagt Zuchtordnung gab schon ein kleines Vorbild von dem Eldorado, in welchem sich die dortigen Arbeiter befinden. Hohe Geldstrafen und sofortige Entlassung sind auch dort die sogenannten Zuchtmittel, mit denen man glaubt, die Arbeiter zur Nation zu bringen. Einem dort beschäftigten jungen Mädchen, die pro Tag 1.20 verdienen, sind in einer Woche 2.00 Strafe abgezogen worden. Statt auf das Entwürdigende der Strafe aufmerksam zu machen, wie man das wohl von Herrn B. erwartet hätte, indem er doch selbst unter den Strafparagraphen der Braunschweigischen Fabrikordnung zu leiden hatte, ist hier gerade das Gegentheil der Fall; es wird hier jede sich anbietende Gelegenheit benutzt zum Strafabziehen. Auf eine Anfrage eines dort beschäftigten Arbeiters, zu welchem Zweck die Strafgebühren verwandt würden, erklärte Herr B., ob er (der Arbeiter) vielleicht dachte, seine Werkzeuge kosteten ihm kein Geld. Des Weiteren wurde angeführt, wenn ein Arbeiter weniger wie seinen Lohn bei der Akkordarbeit verdient habe, würde ihm der Akkordpreis ausbezahlt, auch sei es Unus, daß wenn Jemand aufhöre, er von seinen Forderungen etwas schwanden lassen müsse. Bedenken wir nun, daß Herr B. vor einigen Jahren selbst noch am Schraubstock stand; bedenken wir ferner,

daß Herr B. jetzt Mitglied des Vereines der Eisen-Industriellen ist, in welcher Eigenschaft er über das Wohl und Wehe hunderter von Familien zu bestimmen hat, denn die Herrn nutzen ihre Löhne durch ihr Kapital verleihe Gewalts gegen die Arbeiter doch aus, es sei hier nur an die von Herrn B. mitgeführten Reichthümer, die Ausbeutung der Former betreffend, erinnert, so erscheint es uns doppelt geboten, diese Mißstände der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Hamburg. Am 26. April fand hier eine öffentliche Schloffer- und Maschinenbauer-Versammlung statt, zu der laut Annonce im „Hamburger Echo“ besonders die Metallarbeiter des „Verbandes“ eingeladen waren. Der Besuch war nicht besonders zahlreich; im Ganzen wurden bei der Delegiertenwahl 135 Stimmen abgegeben. Es erhielten Stimmen: Schwere 98, Junge 86, Heubischel 58, Brummerstedten 42, Puls 38, Deisinger 26, Rodhausen 25, Dieblich — 22. Die ersten Drei werden, wenn die nöthigen Gelder zusammenkommen, als Delegierte in Frankfurt erscheinen. Als die Kandidaten vorgeschlagen waren, wollte Junge (als Vorsitzender) dieselben fragen, ob sie bei einer eventuell auf sie fallenden Wahl die Hamburger Schloffer auf dem Kongress, im Sinne der Versammlung vertreten wollten; selbstredend sollte das heißen: im Sinne des Verbandes der Schloffer und Maschinenbauer. Diefem Vorhaben Junge's wurde aber von Deisinger widersprochen; es lenne ja Niemand den „Sinn“ der Versammlung. Er schlug vor, die Kandidaten erst zu fragen, welches Prinzip sie vertreten und dann könne die Versammlung wählen wen sie wolle. Nachdem dann ein Antrag auf Ausweisung gebundener Mandate abgelehnt war, richtete Junge an jeden Kandidaten die erwähnte Frage. Schwere erklärte, daß er wohl prinzipiell für Fachcentralisation sei, aber für die Metallarbeiter-Centralisation mit Sektionsbildung stimmen werde, weil die Fachcentralisation ausfallslos sei; dieser Erklärung schloß sich Heubischel an; Puls und Deisinger erklärten sich direkt für Metallarbeiter-Centralisation; Junge und Rodhausen für Fachcentralisation; von Brummerstedten hat Schreiber dieses die Erklärung nicht gehört und Dieblich war aus guten Gründen nicht anwesend. Junge gab aber für Dieblich die Erklärung ab, daß er ein Mandat annehme. Von Puls und Wiesener wurde aber sofort Protest gegen eine etwaige Wahl Dieblich's erhoben, weil man nur Ehrenmänner wählen könne. Uebrigens hat Dieblich hier bereits jeden Boden verloren, man wunderte sich allgemein nur noch darüber, daß ein solcher Mensch überhaupt noch öffentlich auftreten kann; sogar Verbandes-Vorsitzender ist er am 12. April nur noch durch das Loos geworden. — Als größte Neugierde ist zu berichten, daß Dieblich in seinem eigenen Blatte in letzter Nummer nicht etwa sich wegen seiner Rationationen betr. des internationalen Kongresses vertheiligt, sondern — den Anruf von Segitz, der sich gegen Dieblich und gegen den Kongress richtet, abdruckt. Und dies, trotzdem Dieblich vom „Verbands-Tage am 12. April aufgefordert wurde, den Anruf von Segitz zu widerlegen. Nach all' diesem bietet Dieblich für jeden Denkenden nur noch ein Interesse in psychologischer Beziehung.

Hannover. Am 20. April hielt der Verein der Schloffer u. v. B. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Da durch die Abreise zweier Redner die Abrechnung nur von einem Revisor geprüft worden war, sprachen sich mehrere Kollegen gegen die Verlesung derselben aus und es wurde davon auch auf Antrag des Kollegen Juge, der dahin ging, erst die beiden fehlenden Revisoren zu wählen, Abstand genommen und zur nächsten Versammlung verschoben. Es wurden zu Revisoren J. Brunko und Hertel gewählt. — In der Diskussion über „Centralisation“ sprachen sich sämtliche Redner für eine Metallarbeiter-Union mit Brancheneinteilung aus und gelangte dann folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute den 20. April 1891 im Saale der Herberge stattgefundene Versammlung des Vereines der Schloffer u. v. B. betrachtet die Metallarbeiter-Union mit Brancheneinteilung als eine Nothwendigkeit und beschließt, darnach huzuardeten, daß die genannte Union in großen Städten zur Anwendung kommt und wird diesbezüglich ihrem Delegierten zum Kongress Vorschriften mit auf den Weg geben.“ Nach Erledigung des Fragekastens legte Kollege Juge den Zweck und Nutzen der Organisation durch einige Beispiele klar und ersuchte die Kollegen, mehr wie bisher für die Fachvereine zu agitieren.

Hannover. Die öffentliche Schloffer- und Maschinenbauer-Versammlung, welche am 19. April stattfand, erfreute sich eines recht zahlreichen Besuches. Genosse Dreber aus Nürnberg referierte über die Lage der Metall-Industrie und Stellungnahme der Schloffer zum Metallarbeiter-Kongress. Herr Dreber schilderte in ruhiger und streng sachlicher Weise den heutzutage wild entbrannten

Rechtsprechung, die ständige Produktion. Diese seien die letzten Quellen, aus welchen jedes gespannte Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter hervorgeht, welches fast immer dem Arbeiter zum Nachtheile gerathe. Man wolle auf Mittel zur Besserung der Lage achten. In erster Linie geschehe dieses durch einen ausreißenden gesetzlichen Schutz der Arbeiter. Die Unternehmer haben keine Lust, den berechtigten Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, die diesbezüglichen Wünsche und Forderungen der Arbeiter werden nicht anerkannt. Wenn die Arbeiter die Forderung der Arbeitszeit, Abschaffung der Mißstände, ausreichenden Lohn und sonstigen Schutz in Werkstätten verlangen, so schreiben die Unternehmer über die wichtigsten Ansprüche und die große Begehrtheit der Arbeiter. Nicht nur, daß die Unternehmer den berechtigten Wünschen der Arbeiter gleichgültig gegenüberstehen, verhalten sie sich in letzter Zeit sogar untereinander, um diese Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken, das Unternehmertum möglichst sicher zu stellen und die Arbeiterbewegung lahm legen zu können. Nebenbei keine Behauptungen durch eine Reihe zum Theil bekannter Thatsachen und Vorkommnisse. Die Zigarrenarbeiter unterlagen dem verarbeiteten Kapital; denn der wirtschaftliche Schwach unterliegt immer dem wirtschaftlich Stärken. Die Unternehmer hätten eine unerhörte Tyrannei aus dadurch, daß sie die Arbeiter zwingen, aus ihren Fachorganisationen auszutreten und zu diesem Zwecke Entlassungen, Verurtheilungen u. s. w. in Anwendung zu bringen. In neuester Zeit haben sie gar eine Art Gratifikation an die Berliner Polizeidirektion zur Verteilung an besonders am 1. Mai beschäftigte Unterbeamte gegeben. Das ist doch harter Tabak. An diesem Kampfe gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter nehmen sogar die staatlichen Behörden Theil, wie die neuesten veröffentlichten Schriftstücke des preussischen Kriegsministers beweisen. Das einzige Mittel, welches den Arbeitern in diesem Kampfe der Unternehmer gegen sie zu Gebote steht, ist das Koalitionsrecht, welches man von allen Seiten einzuschränken versuche. Aber die Arbeiter müssen dieses Recht der Vereinigung nicht bloß mit ausdauernder Kraft verteidigen, sondern auch möglichst ausnützen. Allerdings hat sich den weitumfassenden Unternehmerverbänden gegenüber das Bedürfnis und die Nothwendigkeit einer Aenderung der derzeitigen Organisationen herausgestellt. In lokalen Organisationen werden die Kräfte zerstückelt, der Zweck der Fachorganisationen wird nicht erreicht. Deshalb ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur zentrale Organisationen erreichen können, was erreicht werden soll. Am 1. Juni d. J. findet in Frankfurt a. M. ein Kongreß der Metallarbeiter statt, auf welchem die Frage ob lokale oder zentrale Organisationen entschieden werden soll. Herr Dreher tritt für die Nothwendigkeit der Sache und schließlich mit der Mahnung, die Arbeiter sollten etwas Großes schaffen. An der Debatte darüber, welche Stellung die Versammlung in dieser Frage einnehmen solle, beteiligten sich Kaschmieder, Wambögen, Stabelmann und Kohl. Sämmtliche Redner sprachen sich für die Abordnung eines Delegirten zum Kongreß aus. Die Versammlung wählte zum Delegirten den Siebmacher Thomas Weindl und beauftragte denselben, für die zentrale Organisation, für eine allgemeine Metallarbeiter-Union auf dem Kongreß zu wirken.

Schläger.

Dresden. Am 18. April hielt der Fach-Verein der Metallschläger von Dresden und Umgegend seine Monats-Versammlung in Saß Gasthaus ab. Unterem Gewerkschaftlichen wurde die Firma Weller in Plauen bei Dresden einer scharfen Kritik unterzogen und das Bedauern ausgesprochen, daß sich immer noch Leute finden, welche ihre Arbeitskraft so billig hergeben. Es sind dies folgende: Emil Richter, Wetthold, Poppe und Mehl.

Zinngießer.

Athen. Der Fachverein der Zinngießer hielt am 11. April eine Generalversammlung ab. Die Einnahmen betrafen sich ohne Uebertrag auf 15 M., die Ausgaben auf 12 M., der Kassenbestand ist 3 M. 64 Pf. Eingetretten sind im letzten Vierteljahr 4 Kollegen: Siegelvath, Schidhofer, Sehallert und Schmitz; ausgetreten R. Schütz, J. Ansel und A. Weh. Ausgeschlossen wegen Beitragsrückstand J. Kirberg und G. Band. Wegen Abreise des bisherigen Schriftführers wurde zu einer Neuwahl geschritten und R. Seidemann gewählt. Ein Antrag, mit Beitragsrückstand gestrichene Mitglieder in der Fachzeitung zu veröffentlichen, wurde angenommen. Ein Antrag: am 1. Mai einen Betriebs-Lagebogen der Generalkommission zu überreichen, wurde einstimmig angenommen

und der Kasser mit dem Einkommen beauftragt. Ferner wurde noch auf den Artikel in der Fachzeitung hingewiesen betreffs Ordnung der Metallarbeiter-Union und solcher für sehr zweckmäßig gehalten. S. D.

Feilenhauer.

Berlin. In unserer letzten Versammlung des Fachvereins der Feilenhauer Berlins und Umgegend wurde beschlossen, den Fachverein der Feilenhauer aufzulösen und sich sofort dem lokalen Zentralverband der Metall- und Eisenarbeiter anzuschließen, da in kleinen Fachvereinen es nicht möglich ist, etwas zu erreichen und gegen das geschlossene Unternehmertum den Kampf aufzunehmen. Der Arbeitsnachweis und die Geschenkeausgabe vom Metallarbeiter-Verband befindet sich Wallstr. 7 und 8 von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Brackweide b. Bielefeld. Der Streik der Feilenhauer beschränkt sich nicht mehr auf die Broder Feilenfabrik auf Brackweide, sondern hat sich auch auf die Bielefelder Fabrik von Zimmermann ausgebreitet, da die Kollegen dort auch nicht mit dem jetzigen Verdienst auskommen können, und sie bei der dort eingeführten Fabrikordnung nicht mehr arbeiten wollen. Otto Bemböner, Nr. 366, Brod b. Brackweide.

Düsseldorf. Differenzen mit der Firma G. Stöpe halber ersuchen wir alle Kollegen, den Zugang fern zu halten.

Gevelsberg i. W. Am 19. April fand hier eine öffentliche Feilenhauer-Versammlung statt. Kollege Max König aus Remscheid beleuchtete in klaren Worten die Mißstände im Feilenhauergewerbe in Westfalen, speziell in Gevelsberg und Umgegend. Am Schlusse seines anberthaltständigen Vortrages erwähnte Redner zu einem festen Zusammengehen, wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde. Sodann erhielt zum 2. Punkt Kollege W. Hoppe aus Bärenscheid das Wort, welcher aus eigener Erfahrung die unnatürlichen Zustände, welche hierorts in unserer Branche herrschen, ausführte. Derselbe erwähnte die Anwesenheit, so schnell wie möglich selbigen entgegenzutreten zu wollen, was auch von den Versammelten versprochen wurde. Als Vertrauensmann wurde Kollege Wilh. Müller in Gevelsberg (Feilenhauer) Fr. Klugeberg u. Ko.), einstimmig gewählt. Vertrauenssachen sind an denselben zu senden. Trotz der Bemühungen der organisierten Feilenhauer war die Versammlung schwach besucht, die Mehrzahl der hiesigen Feilenhauer haben gar keine Lust zum Feilenhauer-Verein, trotz der hiesigen schlechten Verhältnisse. In Anbetracht dessen sieht sich der Feilenhauer-Verein genöthigt, sich in nächster Zeit mit dem Former- u. Schleifer-Verein zu einem Metallarbeiter-Verein zu verschmelzen.

Ludwigshafen. Am 26. April fand hier die erste öffentliche Versammlung statt. Arbeitsnachweis und Geschenkeausgabe befindet sich Kanalstraße 48 (Gambriushalle) und kann letzteres jeder Zeit entgegengenommen werden. Geschenk vorläufig 1 M. Anschauen verboten. Alle Sendungen an den Vorstand Max Dülz, Kanalstr. 48.

München. In der letzten öffentlichen hier beschuften Feilenhauer-Versammlung stand auf der Tagesordnung: Wahl eines Vertrauensmannes. — Sämmtliche Redner sprachen sich dahin aus, keinen Delegirten zum Kongreß zu schicken. Zwar wurde anerkannt, daß der Kongreß gut sei, allein so wie jetzt die Sache liege, müsse man die Kosten sparen. Zum 2. Punkt wurde hervorgehoben, daß der bisherige Vertrauensmann Johann Schmidt das ihm geschenkte Vertrauen erbärmlich mißbraucht habe. So hat er 20 M. für die freitenden Kollegen in Remscheid unterschlagen; außerdem fehlen von den ihm anvertrauten Geldern noch 26 Mark. Zur Versammlung erschien Schmidt nicht. An seiner Stelle wurde J. Bommer als Vertrauensmann gewählt. Wohnung: Leberstr. 11. In unserer Generalversammlung vom 26. April wurde wegen Abreise an Stelle zweier Ausschußmitglieder Franz Ehrbar als Vorstand und Josef Kolb als Kassier gewählt. Ferner wurde der frühere Vertrauensmann Joh. Schmidt einstimmig aus dem Verein nach § 8 Absatz 3 ausgeschlossen mit dem Bemerkten, daß er niemals wieder aufgenommen werden kann.

Achtung!

Wegen Lohnreduktion ist in Schwabach ein Streik der Metallschläger ausgebrochen. Zugang strengstens fernhalten! Daniel Städlen.

Halle a. S. Der Streik der Former bei Doyland u. Augnabe dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund. Differenzen halber ist der Zugang von Formern nach Dortmund (Müller) fernzuhalten.

Briefkasten.

J. B., Reichenburg. Reich! Ihr Kollege hat Recht.

F. J., Berlin. Sie dürfen die Ex. vertheilen.

Eine große Anzahl Korrespondenzen mußten zurückgestellt werden. Wir bitten um früheste Zusendung und um kürzeste Fassung der Berichte.

Vereins-Anzeigen.

Bayreuth. Sonntag, 10. Mai, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter. Referent: M. Segth aus Färth. T. D.: Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Der Kongreß zu Frankfurt a. M. Verschiedenes.

Bodenheim. (Metallarbeiter-Verein.) Samstag, 9. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Frankfurter Hof, außerordentliche General-Versammlung.

Bremen. (Fachv. der Former.) Sonntag, 10. Mai, Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Frn. Hahagen, Tannenstr. 18, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokale. — Die Adresse des Vorsitzenden ist nicht Hermannstraße 44, sondern 52.

Braunschweig. (Feilenhauer-Verein.) Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß zugereifte Kollegen, hauptsächlich von der Strecke Kiel-Hamburg, in Werkstätten gegangen sind, machen wir nochmals bekannt, daß das Umhauen für Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöningen und Peine streng verboten ist. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Hub. Dramm, Nideckstr. 38, 1.

Darmstadt. (Metallarbeiterverein.) Da unsere Herberge (Gastwirths Blome, Schloßstraße 27) vom 1. Mai ab Zentralherberge aller Branchen ist und sämmtliche Fachzeitungen ausliegen, so ersuchen wir, dieselbe zu benutzen, umso mehr als wir einen Vertrag abgeschlossen haben, nach dem die Kollegen gegenüber der „Christlichen Herberge“ im Vortheil sind.

Düsseldorf. Wir machen hiermit die säumigen Mitglieder nochmals aufmerksam, ihre rückständigen Beiträge zu entrichten, damit unsere Abrechnung erfolgen kann. — Noch dringender werden die Mitglieder ersucht, die Versammlungen besser zu besuchen, denn es ist das jedes Einzelnen Pflicht. — Unsere nächste Versammlung findet am 9. Mai, Abds. 8 Uhr in Moos' Restaurant statt.

Forst. (Fachverein der Schlosser und Metallarbeiter.) In der Generalversammlung vom 20. April wurde Herrmann Dehmer als Vorsitzender, Robert Wilmann als Kassierer wiedergewählt, zum Schriftführer wurde Kollege Karl Baumann einstimmig gewählt. — Montag, 11. Mai, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokale.

Hamburg. (Fachv. der Metallarbeiter.) Freitag, 15. Mai, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Klages, Ecke Alsterthor und Hermannstraße.

Hannover. (Formerverein.) Bekanntmachung. Nach Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung vom 26. April geben wir denjenigen Mitgliedern, die in letzter Versammlung nicht zugegen waren, bekannt, daß jedes Mitglied eine Extrasteuer von 25 Pf. pro Monat zu zahlen hat. Die Extrasteuer hat jedes Mitglied drei Monate zu entrichten. — **Aufforderung.** Die Gewerkschaften werden hierdurch aufgefordert, binnen 14 Tagen ihren Verpflichtungen in Betreff der einkassierten Gelder für Quittungsmarken von 1890 nachzukommen und die Gelder an den Kassierer abzuliefern, widrigenfalls der Vorstand den gerichtlichen Weg einschlagen wird.

Karlsruhe. (Formerverein.) Sonntag, 10. Mai, Vorm. 9 Uhr, im Vereinslokal, Gartenstr. 4. Mitglieder-Versammlung. T. D.: Berichterstattung von der Bezirks-Konferenz in Mannheim.

Kiel. (Klempner-Fachverein.) In der am 25. April abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde in Betreff der Solaffrage mit allen gegen 1 Stimme beschlossen, unsere Herberge und Bezirkslokal zu Herrn S. Davids, Reichenstraße, zu verlegen. Die erste Versammlung findet am Sonntag, den 30. Mai, daselbst statt, mit welchem Tage auch der ganze Verkehr dorthin verlegt wird, worauf wir die reisenden Kollegen besonders aufmerksam machen.

Lambrecht u. Umgegend. (Fachverein der Metallarbeiter aller Branchen.) Wir geben bekannt, daß wir vom 1. Mai ab 1 Mark Reisemittel ausbezahlen und zwar Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 6—7 Uhr; zu erheben bei unserem Kassier August Müller, Klempstr. 161. Das Geschenk wird nur an solche Kollegen, die sich ordnungsgemäß von den Vereinen ab-

gemeldet und mindestens 8 Monate einem ähnlichen Verein angehört haben, ausbezahlt. Unser Lokal befindet sich bei Herrn J. Oberhardt, obere Marktstraße 190, woselbst wir auch eine Herberge errichtet haben. — Als 1. Vorsitzender wurde gewählt: Fr. Lauterbach, Ballonenstr. 336, als 2. Vors.: Chr. Weigel, als Kassier: August Müller, als Schriftführer: Josef Brod; ferner 8 Beisitzer.

Mürnberg. Öffentliche Former-Versammlung am Sonntag, 10. Mai, Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zum „Wilden Mann“ (Wöhrd). T. D.: Stellungnahme zum allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Kongreß zu Frankfurt a. M. Delegirtenwahl.

Mürnberg. (Fachv. der Flaschner und Arbeiterinnen der Metallindustrie.) Es wird hiemit zur Kenntniß gebracht, daß sich die Wohnung des Vorstandes nicht mehr Wundenburgstraße 19, sondern Rosengasse 19 befindet. Alle Briefe und Sendungen wollen deshalb an Andreas Maiberger, Rosengasse Nr. 19, 2, gerichtet werden. Ebenfalls selbst werden die Quittungen zum Erheben der Wanderunterstützung ausgestellt, und zwar an Wochentagen von 7—8 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 12—2 Uhr Mittags. Die Unterstützung wird im Vereinslokal und Herberge König von England, Breitegasse, ausbezahlt.

Mürnberg. (Fachverein der Schmelze u. v. S.) Am 1. Pfingstfeiertag Frühlingsfest im Vereinslokal. Nachmittags 4 Uhr Birtthschaft zum „Eiffelturm“, Rößelborferstraße. Am 2. Feiertag, Mittags 1/2 Uhr, Ausflug nach Köthenbach bei Stein, Gasthaus „Alle Linde“. Zusammenkunft: König v. Bayern, St. Leonhardt. Bei ungünstiger Witterung „Michelsgarten“, Wöhrd.

Mürnberg. (Fachv. aller Arbeiter der Metzgerbranche.) Sonntag, 10. Mai, Vorkongreß zu Herrn Jantner, Luderstraße 37. Daselbst Abschied unseres Mitgliedes Herrn Deb. — Montag, 11. Mai, Abends 1/28 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. — Die Mitglieder werden ersucht, an beiden Tagen recht zahlreich zu erscheinen.

Witten a. d. Ruhr. Der Metallarbeiter-Verein feiert am Sonntag, 10. Mai, Nachm. 4 Uhr, im Gasthof zur „Stadt Witten“ (Ww. Schneider) sein 1. Jahresfest, verbunden mit der Maifester, bestehend in Konzert, Theater und Festball. — Festlieder sind an der Kasse zu haben. — Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze von Karten sind, werden gebeten, dieselben am Sonnabend, 9. Mai, Abends 1/29 Uhr, bei Schneider abzugeben.

Anzeigen.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle Freunden und Genossen mein gut eingerichtetes Restaurant, bestehend aus großen Gastzimmern, Gesellschaftszimmer, Saal, Regeltbahn, Garten mit Kolonade, auch Spielzeuge für die Kinder im Garten. Mein Versehen wird es sein, stets gute Speisen und Getränke zu verabreichen. Jeden Sonntag Unterhaltung mit Musik.

Um zahlreichen Besuch bittet achtungsvoll!
Carl Mac, Halle a. S., Friedrichstr. 22, „Schloß Dabelsberg“.

Au die Schläger Deutschlands!

Meine Adress. ist nicht mehr Reutersbrunnstr. 10, sondern Sammlerstraße Nr. 13, 2; ich bitte, Alles dorthin zu senden.
Daniel Städlen, Nürnberg.

Aufruf! Der Dreher Otto Weyerling, zuletzt bei Hirtel in Leipzig-Plagwitz, möchte sich bei H. Arnold, Dresdenstr. 14, früherer Kassier des aufgelösten Vereins der an Hilfsmaschinen beschäftigten Arbeiter der Metallbranche, melden.

Hierdurch möchte ich den Former C. Kesting aus Neuklingen ersuchen, mir seine Adresse mitzutheilen.

Fritz Seyberger, Wilhelmstr. 26.

Dem Kollegen Morwiz, z. B. in Leipzig, zur Antwort, daß er sich um Ausweis betreffs seines Verhaltens während des Streiks in Braunschweig am besten sofort an die dortigen Kollegen wendet, welche schließlich am ersten in der Lage sind, seine Unschuld, wie er spricht, zu bezeugen.
R. S., Nürnberg.

Technicum Mittweida
— Sachsen —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule
— Vorunterricht frei. —